

# KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Ausgabe 41/24

## Finsternis legte sich über das Land

**7. Oktober 2023:  
ein Jahr Siegessträhne  
für den Hass**

Der Terror-Überfall der Hamas hat nicht nur den Nahen Osten verändert  
Seiten 4 + 34

**Missbrauchsstudie:  
Entlarvte Narrative  
und Einblicke ins Dunkel**

Am Forschungsprojekt der Uni Osnabrück haben Betroffene maßgeblich mitgewirkt  
Seite 12

**Der bekennende  
Antisemit an der  
EKD-Spitze**

Ein Forschungsband zeichnet differenziertes Bild von Otto Dibelius  
Seite 39

# KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

## Seite 9

Große Bühne, leere Versprechungen? Gemischte Bilanz zur Nachhaltigkeit-Konferenz



## Seite 17

Neuer Coup von Papst Franziskus: ein ganzer Schwung neuer Kardinäle



## Seite 23

„Reli abwählen“ - In Polen wird das Fach bei Schülern zunehmend unbeliebt



## Seite 25

Indonesien nach dem Besuch des Papstes: blühende Kirche und einzelne Enttäuschungen



## Seite 28

Die Presseschau: Kommentare säkularer und religiöser Medien

## Seite 37

In Australien untermauert Patriarch Bartholomaios I. die Bedeutung seines Amtes



*Titelbild: Angehörige bei einer Trauerfeier für die Opfer des Hamas-Terrors vom 7. Oktober 2023  
Foto: Andrea Krogmann/KNA*

# KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

10. Oktober 2024

## Liebe Leserin, lieber Leser!

Der 7. Oktober 2023 bildet nicht nur eine Zäsur in der Geschichte des modernen Israel. Je länger die nachfolgenden Angriffe dauern, markiert er auch eine Weichenstellung, die weit über den Nahen Osten hinausreicht und die wir in dieser Ausgabe in Ansätzen nachzuzeichnen versuchen. Dazu gehören Fragen, wie über die Ereignisse gesprochen wird und inwieweit es möglich ist, Angehörigen der jeweils anderen Seite Trauer und Tränen zuzugestehen. Ein bemerkenswerter Kommentar in der „Jüdischen Allgemeinen“ (S. 31) wie auch der Brief des Papstes an die Christen in Nahost sprechen diesen Aspekt von Menschlichkeit an.

Unterdessen sind die Kirchen hierzulande weiter mit der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt befasst. Das Treffen der Aufarbeitungskommissionen der 27 deutschen Bistümer als Zwischenbilanz greifen wir kommende Woche auf. Diese Ausgabe beleuchtet zwei besondere Aspekte eines Osnabrücker Forschungsberichts, an dem in besonderem Maße Betroffene beteiligt waren.

Wie schillernd und vielschichtig kirchliche Führungspersönlichkeiten sein können und agiert haben, analysiert ein Forschungsband über den langjährigen EKD-Ratsvorsitzenden Otto Dibelius.

Ihnen eine angenehme Lektüre *Roland Juchem*

### Impressum

**Geschäftsführerin:**  
Dr. Andrea Rübenacker

**Chefredakteur:**  
Dr. Bernward Loheide

**Stv. Chefredakteur/CvD:**  
Thomas Winkel

Heinrich-Brüning-Straße 9  
53113 Bonn

**Telefon:** +49 (228) 26 00 00  
**E-Mail:** hintergrund@kna.de

© Copyright 2024 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Mit dem Abonnement ist ein Leserecht verbunden. Für die Weitergabe sowie die Veröffentlichung der Inhalte (auch einzeln oder auszugsweise) und aller darin verlinkten Inhalte der KNA bedarf es eines entsprechenden Nutzungs- und Veröffentlichungsrechts. Bitte fordern Sie dies bei Bedarf im KNA-Vertrieb an: [vertrieb@kna.de](mailto:vertrieb@kna.de). Jeder Verstoß wird als Urheberrechtsverletzung gewertet.



Schutt- und Trümmerberge nach israelischen Bombardierungen Anfang Oktober in Beirut, mit Propagandaplakaten und Fahnen der Hisbollah. Foto: Francesca Volpi/KNA

# Eine Siegessträhne für den Hass

Wut und Schmerz beherrschten weltweit Mahnwachen und Proteste zum Jahrestag des Hamas-Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober. Mit dem Überfall begann ein Krieg, der andauert und weitere Kreise zu ziehen droht. Stimmen für Frieden und mögliche Lösungen gibt es, doch sie dringen kaum durch.

**Von Roland Juchem**

Jerusalem/Rom/Osnabrück (KNA) In Israel haben am Montag Zehntausende Menschen der Opfer des Hamas-Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023 gedacht. Währenddessen hielt der Beschuss Israels aus dem Gazastreifen und dem Libanon ebenso an wie die israelischen Militärschläge. Unter konstantem israelischem Artilleriefeuer und vereinzelt Raketenalar-

men versammelten sich Trauernde an zahlreichen Orten entlang der Gazagrenze, vielfach schon vor Sonnenaufgang, um den Beginn des „schwarzen Schabbat“ um 6.29 Uhr zu markieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte vor einem Jahr der Angriff begonnen.

Hunderte versammelten sich in Jerusalem zu einem Protestmarsch zum Wohnsitz von Ministerpräsident

Angehörige bei den Gedenkstätten der Opfer des Hamas-Terrorangriffs in den frühen Morgenstunden des 7. Oktober während einer Trauerfeier in Re'im (Israel) am Gazastreifen.  
Foto: Andrea Krogmann/KNA



Benjamin Netanjahu. Sie forderten ein Abkommen zur Rückführung der 101 Geiseln, die sich weiterhin in der Gewalt der Hamas befinden. Viele Israelis konnten bisher nicht in ihre Häuser zurückkehren oder leben inmitten fast täglicher Raketenangriffe. Dass Israels Regierung mutmaßlich noch immer keine Exit-Strategie und Pläne für die Zeit nach dem Krieg hat, wird im Land selbst wie international kritisiert. Viele Israelis sind sich unklar, ob sie sich im Krieg befinden, um den Staat Israel oder die politische Karriere ihres Ministerpräsidenten zu retten.

Im Gazastreifen blicken die Palästinenser auf ein Jahr zurück, das von beispiellosen Verlusten geprägt ist: zerstörte Häuser, zerstörte Lebensgrundlagen und getötete Angehörige. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza wurden im Gazastreifen während des israelischen Krieges bisher mehr als 41.000 Menschen getötet. Auch weil die Hamas Zivilisten als Schutzschilde missbraucht. Bombardierung und Vertreibung habe große Teile der Zivilbevölkerung krank oder hungernd gemacht.

„Wenn ich nach einem Jahr Krieg mit den Menschen im Gazastreifen spreche“, schreibt Raja Abdulrahim, Korrespondentin der „New York Times“ in Jerusalem, „höre ich nur Verzweiflung – darüber, wie lange der Krieg schon andauert und dass kein Ende in Sicht ist, ohne dass es Fortschritte bei den Waffen-

stillstandsgesprächen gibt.“ Die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft habe sich mittlerweile auch von diesem Krieg abgewendet – hin zu den Angriffen im Südlibanon und Nordisrael.

Präsident Isaac Herzog nannte den 7. Oktober 2023 einen „Tag, an den man sich mit Schande erinnern sollte“. Die Welt müsse Israel gegen seine Feinde unterstützen, um eine bessere Zukunft für die Region zu schaffen. Verteidigungsminister Joav Gallant betonte, dass Israel entschlossener denn je sei, das Land „an sieben verschiedenen Fronten“ mit allen Mitteln zu verteidigen. Parallel dazu ertönen weiterhin Droh- und Vergeltungsrufe aus Gaza, dem Libanon, Iran und Jemen, von wo aus wiederholt Raketen auf Israel abgefeuert wurden.

### **Die zwei Grundfragen aller Kriege ...**

Ein Jahr nach dem 7. Oktober, so das Fazit zahlreicher Analysten, ist Hass der einzige Gewinner des Krieges. Er überragt den toten Traum von einem israelisch-palästinensischen Zweistaatenfrieden und droht, sich im gesamten Nahen Osten auszubreiten. Der Terrorangriff auf Israel und der anschließende Krieg des Landes gegen Hamas und Hisbollah haben den Nahen Osten und die Welt verändert. Das

weltweite Gedenken macht zudem deutlich, dass der Gazakrieg wie fast alle Kriege auf zwei Fragen hinausläuft: Wer gewinnt die Schlacht am Boden? Und wer gewinnt die Schlacht der Geschichte, die die Menschen und die Geschichte erzählen werden?

In vielen Ländern gab es sprunghafte Anstiege antisemitischer, teils aber auch antimuslimischer Vorfälle. Laut einem neuen Lagebild des Zentralrats der Juden in Deutschland war mit 42 Prozent fast die Hälfte der jüdischen Gemeinden im laufenden Jahr von antisemitisch motivierten Vorfällen betroffen. Bei einem Gottesdienst in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Montag: „Ich wünsche mir ein Ende des Sterbens im Nahen Osten, aber ich warne gerade uns Deutsche vor einer leichtfertigen Verurteilung Israels.“ Die Menschen in Deutschland dürften nicht ihren „Kompass“ verlieren.

Auch zahlreiche andere internationale Vertreter sprachen Israel ihre Solidarität aus. Der Terror des 7. Oktober sei „eine Zäsur für die Menschen in Israel“, schrieb Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) auf der Plattform „X“. Sie werde nicht nachlassen, bis alle Geiseln zurückgekehrt seien. Ähnlich äußerte sich der französische Außenminister Jean-Noël Barrot bei einem Besuch des Festivalgeländes.



*Menschen demonstrieren für Frieden in Palästina und Israel am 14. März 2024 vor dem Hauptsitz der Vereinten Nationen (UN) in New York (USA).*



*Pro-palästinensische Demonstration im November 2023 in Berlin.*

*Foto: Gordon Welters/KNA*

US-Präsident Joe Biden erinnerte an die mehr als 1.200 Menschen, die an dem „tödlichsten Tag für das jüdische Volk seit dem Holocaust“ von der Hamas massakriert worden seien. Der Tag werde zugleich „aufgrund des von der Hamas an diesem Tag entfesselten Konflikts als ein dunkler Tag für das palästinensische Volk in die Geschichte eingehen“.

### **USA verstricken sich immer stärker in den Nahost-Konflikt**

Inzwischen wird immer deutlicher wie zunehmend problematisch die USA in den Konflikt verstrickt sind. Die teils gewaltsamen meist antisemitischen, aber auch antimuslimischen Proteste an US-Hochschulen zeigten die gesellschaftliche Gespaltenheit des traditionellen Verbündeten Israels besonders krass. Viele nicht nur arabische Amerikaner sind empört über die Unterstützung der Regierung Biden für Israel. Präsident Biden, so der Kolumnist Nick Kristof, sei „anstatt den erhofften bahnbrechenden Frieden im Nahen Osten herbeizuführen“ zum „Waffenlieferanten für die Planierung des Gazastreifens“ geworden. Was wiederum die Chancen seiner Vizepräsidentin Kamala Harris bei den Wahlen im November schmälert.

In Michigan etwa, einem entscheidenden Bundesstaat mit hohem Anteil arabisch-amerikanischer und



*Konvoi mit Hilfsgütern für Menschen in Gaza, organisiert von arabisch-jüdischen, israelischen Aktivisten im März 2024. Auf den Fahnen steht auf Arabisch und Hebräisch „Du wirst nicht hungern“. Foto: Andrea Krogmann/KNA*



*Freiwillige der Caritas Libanon verteilen Lebensmittel an Menschen, die durch die jüngsten Bombenangriffe auf Beirut obdachlos geworden sind. Im Hintergrund die Mohammad Al-Amin Moschee. Foto: Francesca Volpi/KNA*

muslimischer Wähler ist die Unterstützung für die Demokratische Partei nahezu verschwunden. Meinungsforscher berichten, einige Wähler erwägen nun, anstelle von Harris Kandidaten dritter Parteien oder Donald Trump zu unterstützen.

Auch die deutsche Regierung tut sich zunehmend schwerer mit der einst von Angela Merkel beschworenen Sicherheit Israels als „deutscher Staatsraison“. Zwar unterstrich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim Gedenktag in Berlin Deutschlands Solidarität gegenüber Israel. Er forderte aber auch einen Waffenstillstand, zu dem derzeit keine der Konfliktparteien bereit ist, sowie eine Zwei-Staaten-Lösung.

### **Vorschlag: Konföderation statt Zwei-Staaten-Lösung?**

Dafür aber sehen Fachleute in Nahost zunehmend weniger Chancen. So sprachen sich zwei israelische Wissenschaftler gegen eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt aus. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ bezeichnete der jüdisch-israelische Philosoph Omri Boehm dieses Konzept aus dem Oslo-Friedensprozess von 1993 als „Desaster“ und „faulen Kompromiss“. Die palästinensisch-israelische Jerusalemer Politikwissenschaftlerin Rula Hardal ergänzte, die Zwei-Staaten-Lösung beruhe

auf dem Konzept der Trennung beider Völker. „Aber das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch nicht realistisch.“ Dafür sei das Leben von Juden und Palästinensern zwischen Jordan und Mittelmeer viel zu eng verflochten. Hardal leitet die israelisch-palästinensische Organisation „A Land for All“.

Beide werben stattdessen für einen neuen Ansatz. „Wir stellen uns eine Art Föderation vor“, so Hardal. Dafür müssten beide Seiten einen Teil ihrer Souveränität abgeben und sich über eine gemeinsame Verfassung verbinden, erläuterte Boehm. „Diese Verfassung muss für das gesamte Gebiet regeln, welche Gesetze legal sind und welche beispielsweise den Menschenrechten widersprechen oder dem Recht auf Bewegungsfreiheit.“ Der Philosoph wies darauf hin, dass mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Israels Palästinenser seien. Es gelte, die „katastrophale Logik“ zu durchbrechen, wonach nur entweder die einen oder die anderen bleiben könnten.

Hardal sagte, die meisten Palästinenser wünschten sich eine demokratische, säkulare und liberale Gesellschaft. Politiker der Fatah könnten sich eine Konföderation gut vorstellen. Wie die Idee bei der Hamas gesehen werde, wisse sie nicht, „ich rede nicht mit ihnen“. Das könne sich aber ändern, wenn der Krieg vorbei sei. Hardal hält es für wahrscheinlich, dass sich die Hamas ähnlich wie Fatah und PLO von



Vor allem zu Beginn des Gazakrieges äußerten sich Kirchenführer in Nahost (v.l.): der lutherische Bischof Sani Ibrahim Azar, Francesco Patton, Franziskaner und Kustos des Heiligen Landes; der griechisch-orthodoxe Patriarch Theophilos III., der anglikanische Bischof Husam Elias Naoum, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, Lateinischer Patriarch von Jerusalem, und der syrisch-orthodoxe Erzbischof Anthimos Jack Yakoub. Foto: Andrea Krogmann/KNA

einer terroristischen zu einer politischen Organisation wandelt.

Zwischen vielen Stühlen sitzen derweil die Christen in Nahost. Mehrfach erhoben Kirchenführer ihre Stimme. Der derzeit herrschende Krieg sei ein Wendepunkt sagte etwa der Lateinische Patriarchen von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, im Interview mit der KNA. „Wir brauchen eine neue politische und religiöse Führung, die in der Lage ist, eine neue Sprache zu sprechen.“ Ohne diese Veränderungen ließen sich nicht neue Perspektiven schaffen. Grundvoraussetzung sei zunächst ein Ende des Krieges, so der italienische Franziskaner weiter. Die Entscheidung dafür müsse auf politischer Ebene getroffen werden. Allerdings habe der Nahe Osten „eine sehr komplexe Realität“. Er brauche Menschen von außen, um den Horizont zu weiten, anstatt lange bestehende und durch den Krieg besonders sichtbar gewordene Spaltungen zu vertiefen.

Als einen solchen Beitrag schrieb Papst Franziskus den Christen der Region einen Brief zum Jahrestag des Terrorangriffs. Der 7. Oktober 2023 sei ein „trauriger Tag“. „Vor einem Jahr wurde die Lunte des Hasses angezündet; sie wurde nicht gelöscht, sondern ist in einer Spirale der Gewalt explodiert“, heißt es in dem Brief. Weiter beklagt der Papst „die schändliche Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft und

der mächtigsten Länder, die Waffen zum Schweigen zu bringen und die Tragödie des Krieges zu beenden. Weiter werden Blut und Tränen vergossen. Die Wut wächst, und mit ihr der Wunsch nach Rache.“

### ***Zeugnis der Liebe gegen die Sprache des Hasses***

Er danke daher allen Christen, die dennoch im Heiligen Land ausharren: „Ihr lasst euch nicht von der Dunkelheit verschlingen, die euch umgibt, sondern ihr werdet im Heiligen Land zu Keimen der Hoffnung, weil das Licht des Glaubens euch dazu bringt, von der Liebe Zeugnis zu geben, während andere vom Hass sprechen.“

Ausdrücklich betont er seine Verbundenheit mit den Menschen im Gazastreifen, für die er täglich bete. „Ich bin allen nahe, die ihr Zuhause verlassen müssen und herumirren, um den Bomben zu entfliehen.“ Israel und den Libanon erwähnt der Papst nicht explizit, schreibt aber an einer Stelle: „Ich bin bei euch, die ihr Angst habt, die Augen zum Himmel zu erheben, von wo Feuer herabregnet.“ Weiter betont der Papst: „Ich bin bei euch, die ihr nach Frieden und Gerechtigkeit dürstet und euch nicht der Logik des Bösen ergebt, sondern im Namen Jesu eure Feinde liebt und denen Gutes tut, die euch hassen.“



HAMBURG SUSTAINABILITY CONFERENCE

# Viele Probleme –

# wenig Lösungen

Bundeskanzler Olaf Scholz spricht bei der Konferenz.

Foto: Hamburg Sustainability Conference

**Kann die Welt bis 2030 noch nachhaltig werden? Eine internationale Konferenz in Hamburg wollte dazu neue Impulse setzen.**

**Laut Entwicklungsorganisationen ist das nur bedingt gelungen.**

### **Von Michael Althaus**

Hamburg (KNA) Nach Vorstellung der Veranstalter soll sie das Pendant zur Münchner Sicherheitskonferenz auf dem Feld der Nachhaltigkeit werden: In Hamburg fand am Montag und Dienstag erstmals die „Hamburg Sustainability Conference“ (englisch: Hamburger Nachhaltigkeitskonferenz) statt. Rund 1.600 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weltweit diskutierten darüber, wie sie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen noch verwirklichen können.

Neben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nahmen neun weitere Staats- und Regierungschefs teil, darunter der Präsident von Namibia, Nangolo Mbumba, und die Premierministerin von Barbados, Mia Mottley. Auch der Präsident der Weltbank, Ajay Banga, war dabei. Das Treffen wurde vom Bundesentwicklungsministerium, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, der Stadt Hamburg und der Michael-Otto-Stiftung organisiert.

Die Vereinten Nationen hatten sich 2015 auf 17 Nachhaltigkeits-

ziele geeinigt, die sie bis 2030 verwirklichen wollen. Neben der Bekämpfung von Armut und Hunger gehören dazu auch der Zugang zu bezahlbarer und sauberer Energie, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Städte. Doch die Umsetzung dieser Ziele ist in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten. Klimawandel, Pandemie, der Ukraine-Krieg und eine Schuldenkrise in armen Ländern bremsen die Fortschritte aus. Teils gab es sogar Rückschritte. Wenn es so weitergeht wie bisher, werden im Jahr 2030 laut UN noch immer 575 Millionen Menschen in großer



Das Stahlwerk Ilva im süditalienischen Tarent gilt als Gegenbeispiel ökologischer wie sozialer Nachhaltigkeit.

Foto: Stefano Dal Pozzolo/Romano Siciliani/KNA

Armut leben und mehr als 600 Millionen hungern. Nur 15 Prozent aller Vorsätze sind einer Studie zufolge auf Kurs.

### **Anknüpfen an New Yorker Zukunftsgipfel**

Einen neuen Impuls gab es Ende September bei einem Gipfel in New York: Die Vereinten Nationen verabschiedeten einen Zukunftspakt, der die Umsetzung der Ziele beschleunigen soll und Handlungsempfehlungen an die 193 Mitgliedsstaaten enthält.

Die Hamburger Konferenz wollte da weitermachen, wo der New Yorker Gipfel aufgehört habe, sagte Kanzler Scholz in seiner Eröffnungsrede im prunkvollen Festsaal des Hamburger Rathauses. Es gehe darum, ins konkrete Handeln zu kommen. Ziel der Konferenz sei, das gegenseitige Vertrauen der Weltgemeinschaft wieder zu stärken. „Nur mit mehr Zusammenarbeit werden wir mit unserer Aufholjagd erfolgreich

sein, die Nachhaltigkeitsziele doch noch zu erreichen“, so der Bundeskanzler.

Die über 60 Diskussionsrunden des Treffens, dessen Teilnehmer nur zu einem Fünftel aus dem globalen Süden stammten, gingen jedoch meist über Problembeschreibungen und das Formulieren von Forderungen nicht hinaus. Es brauche mehr Geld für multilaterale Klimafonds, sagte etwa Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) auf einem Podium zur Finanzierung des Klimaschutzes. Zudem müsse

für Entwicklungsländer der Zugang zu den bereits bestehenden Fonds verbessert werden. Wie das geschehen soll, ließ die Ministerin jedoch offen.

### **Premierministerin: Geld ist nicht alles**

Barbados' Premier Mottley, die für ihre starken Auftritte bei internationalen Konferenzen bekannt ist, entgegnete, Geld sei nicht alles. Stattdessen warb sie für einen ganzheitlichen Ansatz. Ihr Land sei erst im Juli wieder von einem



Der Klimawandel hat Ostafrika, hier Kenia, zuletzt Dürren wie auch Überschwemmungen beschert.

Foto: Christopher Beschnitt/KNA

Hurrikan verwüstet worden. Solche Ereignisse ließen sich nur verhindern, wenn man die Ursachen des Klimawandels bekämpfe. „Es nützt nichts Schulen oder Krankenhäuser zu bauen, wenn sie von der nächsten klimabedingten Katastrophe wieder weggefegt werden“, so Mottley. Die Erkenntnis ist zwar nicht neu, aber es lässt aufhorchen, wenn die Regierungschefin eines kleinen Inselstaats der Ministerin eines der größten Geberländer in der Entwicklungshilfe widerspricht.

Schulze versuchte indes bei einer ersten Bilanz vor Journalisten, die Konferenz als erfolgreich zu verkaufen. Am Rande des Treffens seien 15 Vereinbarungen für mehr Nachhaltigkeit zwischen Regierungen, Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Organisationen getroffen worden. Als Beispiele nannte sie Abkommen für mehr private Investitionen in Nachhaltigkeit, für eine Schifffahrt, die kein CO2 mehr ausstößt, und für Batterien, die fair und umweltschonend her-



Das Hamburger Rathaus bot eine eindrucksvolle Konferenzkulisse.

Fotos: Hamburg Sustainability Conference

gestellt werden. Die meisten dieser Vereinbarungen gehen jedoch über bloße Absichtserklärungen nicht hinaus.

### **„Wenig Inspiration und Energie gespürt“**

So beurteilen Entwicklungsorganisationen die Konferenz auch gemischt. „Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung diesen Raum zum Austausch geschaffen hat“, sagte die Geschäftsführerin des Dachverbands deutscher Entwicklungsorganisationen Venro, Asa Mansson, der KNA. Bei den Podien hätten sie und ihr Team aber wenig Inspiration und Energie

gespürt. Vielfach hätten kritische Stimmen gefehlt. Die Vorbereitung der Konferenz sei intransparent und schwierig verlaufen. Geschlossene Abkommen könne sie noch nicht bewerten, da es dazu im Vorfeld wenig bis gar keine Informationen gegeben habe.

Ob die Abkommen und die Gespräche des Treffens zu Erfolgen führen, wird sich wohl erst in einigen Jahren zeigen. Messlatte muss dabei das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 sein, das viele Experten schon jetzt nicht mehr für realistisch halten.

Die „Hamburg Sustainability Conference“ soll künftig jährlich stattfinden und ist für die nächsten zwei Jahre bereits konkret geplant. An internationalen Konferenzen für eine gerechte und umweltfreundliche globale Entwicklung mangelt es damit jedenfalls nicht: Im November steht die nächste Klimakonferenz in Aserbaidschans Hauptstadt Baku an. Und kurz nach der zweiten Nachhaltigkeitskonferenz Anfang Juni 2025 folgt Ende Juni die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im spanischen Sevilla.



In Foren tauschten sich Experten und andere Teilnehmer aus.

# Einblicke ins Dunkel



Foto: Harald Oppitz/KNA

Am Forschungsprojekt der Uni Osnabrück zu Missbrauch in der Kirche haben Betroffene maßgeblich mitgewirkt. Das Ergebnis sind zwei besondere Ansätze der vergangene Woche vorgestellten Studie: die Analyse verschleiender Narrative rund um das Thema sowie Einblicke in das Erleben von Beteiligten.

## Von Roland Juchem

Osnabrück (KNA) „122 Beschuldigte – mehr als 400 Betroffene“, überschrieb die Universität Osnabrück ihre Pressemitteilung zur Vorstellung des Abschlussberichts über sexualisierte Gewalt im Bistum Osnabrück. Damit legte sie das Ausmaß sexuellen Missbrauchs durch Kleriker der Diözese von 1945 bis in die Gegenwart offen – vorbehaltlich einer wohl deutlich größeren Dunkelziffer.

Die bereits im Zwischenbericht von 2022 festgestellten Versäumnisse der Bistumsverantwortlichen

unter den Bischöfen seit 1945, so die Autoren, hätten sich bestätigt. Der im Bistum nach wie vor geschätzte Bischof Franz-Josef Bode trat im März 2023 vorzeitig zurück. Ihm hatte der Zwischenbericht Pflichtverletzungen „im niedrigen einstelligen Bereich“ bescheinigt, die „fahrlässig, aber nicht vorsätzlich“ gewesen seien.

Das Besondere der Osnabrücker Studie sei die „bisher einzigartige Form der Betroffenenbeteiligung“ als Mitglieder der Steuerungsgruppe. Als „Co-Forschende“ hätten sie maßgeblichen Einfluss gehabt auf Ansatz und Methodik der Studie, so die Historike-

rin Siegrid Westphal, Co-Leiterin des Projekts. Max Ciolek, Karl Haucke und Katharina Kracht hatten selbst Missbrauch erlitten, allerdings nicht im Bistum Osnabrück selbst. Ciolek war es gewesen, der als Mitglied des Betroffenenrates beim Amt der Unabhängigen Beauftragten für Fragen sexuellen Kindesmissbrauchs an die Osnabrücker herantrat und seine Mitarbeit anbot. „Unsere Mitwirkung hat die Sichtweise der Forschenden klar verändert“, sagte Ciolek der KNA bei der Vorstellung der Studie.

Der Mitarbeit der Drei seien vor allem zwei für die Missbrauchsforschung neue Aspekte zu verdanken, so Westphal: 1. die Analyse von „Narrativen“ – also deutender Formulierungen und Aussagen – rund um das Thema. Insbesondere in diesem Teil gibt es an etlichen Stellen quasi als Randbemerkung eingeklinkte persönliche Kommentare von jeweils einem der drei „Co-Forscher“. Der zweite neuartige Aspekt der Osnabrücker Studie sind sogenannte „Einblicke“ in das Erleben von Beteiligten. Als verdichtete Erzählungen sollen sie „charakteristische Erfahrungen, Problemlagen und Dilemmata schildern, die in verschiedenen Tatkontexten unabhängig voneinander zu beobachten sind“ – sowohl bei Opfern, Angehörigen, Tätern, Beschuldigten wie auch bei Bistumsverantwortlichen. Diese „mittelbaren Zeugnisse“

basieren auf Befragungen beteiligter Personen und externer Experten sowie Akten. Sie weisen über den Einzelfall hinaus und sollen gleichzeitig notwendige Anonymität und Persönlichkeitsrechte wahren.

### **Bei Persönlichkeitsschutz mussten Forscher nachbessern**

Im letzten Punkt musste das Osnabrücker Forscherteam nachbessern. Nach Veröffentlichung des Zwischenberichts im September 2022 waren einzelne Personen, Fälle und Pfarrgemeinden in der recht überschaubaren Diözese trotz Anonymisierung schnell bekannt geworden. In der aktuellen Fassung des Zwischenberichts wurden daher einzelne Stellen geschwärzt, „weil die Möglichkeit besteht, dass Rechte einer der genannten Personen verletzt worden sind“.

Narrative, so Studienkoordinator Jürgen Schmiesing, hätten oft dazu beigetragen, sexualisierte Gewalt – von verbalen Grenzverletzungen bis zu schwerer körperlicher Gewalt – zu verharmlosen, wegzuschauen oder nicht zu reagieren. „In vielen Fällen“, so die Studie, „lässt sich beobachten, dass die Anbahnung und Begehung sexualisierter Gewalt



Steuerungsgruppe u.a. mit Betroffenen (Max Ciolek, Katharina Kracht, 2./3.v.l. und Karl Haucke, re.), den Leitern Hans Schulte-Nölke und Siegrid Westphal (4./5.v.r.), Koordinator Jürgen Schmiesing (3.v.r.) und Uni-Präsidentin Susanne Menzel-Riedl (M.).  
Foto: Stina Koch/Universität Osnabrück



*Bis zuletzt wurde der Umgang des Bistums Osnabrück (Generalvikariat links und Dom rechts) mit Betroffenen als kühl und unangemessen kritisiert. Foto: Elisabeth Schomaker/KNA*

nicht erkannt oder als ein vermeintliches harmloses Verhalten gedeutet wurden. Solche gezielten oder unbewussten (Um-)Deutungen sorgten dafür, dass die Gewalt überhaupt erst ermöglicht und in vielen Fällen auch nicht bald beendet wurde. Oft trugen solche (Um-)Deutungen auch zur Verharmlosung, Verdeckung oder Vertuschung der Tat bei.“

Abhängig davon, wer die Erklärungen vertritt (Betroffene, Beschuldigte, Kirchenleitung, Umfeld), und wie das gesellschaftliche Umfeld dachte, gibt es unterschiedliche Ansätze für derartige Narrative. Diesen widmet die Studie insgesamt gut 140 Seiten. So wurden Beschuldigte oft pathologisiert und Vorwürfe sexualisierter Gewalt als Ergebnis krankhafter Zustände dargestellt. Ihnen wurde etwa undifferenziert Pädophilie, pathologisierte Homosexualität, Zölibatsprobleme oder eine sexuelle Entwicklungsstörung unterstellt. Mitunter finden sich solche Diagnosen auch in psychologischen oder medizinischen Gutachten. Allerdings änderten sich Zuschreibung und Wertung über die Jahrzehnte.

„Die Pathologisierung und Kriminalisierung von Homosexualität sowie die damit zusammenhängende Verknüpfung mit Pädophilie spiegelt sich in den untersuchten Fällen deutlich wider. (...) Nicht selten reichte in Gemeindegemeinden das Gerücht, der Priester sei ‚schwul‘ (ein ‚175er‘) völlig aus, um die Gerüchte

um dessen sexuelle Übergriffe an Minderjährigen zu umreißen“, heißt es in der Studie. Bis in die 1970er Jahre seien Taten „häufig ausschließlich unter dem Stichwort ‚Homosexualität‘ diskutiert worden, während der Begriff Pädophilie noch gar nicht auftrat oder vehement verneint wurde“.

### ***Betroffene diskreditiert als „hysterisch“ oder als „Psychopathen“***

Der Zölibat wurde zur Pathologisierung von Beschuldigten herangezogen, „weil mit dem Zölibat auch die Unterdrückung eines natürlichen sexuellen Triebempfindens verbunden wird“. Disziplinübergreifend werde aber mehrheitlich die Position vertreten, dass kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen sexuellem Missbrauch und einer zölibatären Lebensweise besteht. Diese können Missbrauch allenfalls begünstigen, wenn sie die sexuelle Entwicklung von Priestern weitergehend behindert oder Personen mit Entwicklungsstörungen prinzipiell anzieht.

Umgekehrt wurden auch Betroffene pathologisiert, indem deren Aussagen insbesondere bei Anschuldigungen und vor Gericht diskreditiert wurden: Diese selbst oder gleich deren gesamte Familie seien „schwierig“, „hysterisch“ oder schlicht „Psychopathen“. Mitunter sei die Glaubwürdigkeit von Betrof-

fenen so sehr relativiert worden, dass es zu einer völligen Täter-Opfer-Umkehr kam.

Anders gelagerte Narrative entstanden im Umfeld von Fürsorge und Erziehung durch Kleriker. Insbesondere eine von einzelnen Klerikern aufgezwungene Sexuaufklärung nebst Hinweisen und Übungen zur Körperhygiene – von Eltern als unangenehm vernachlässigt und in Schulen erst später thematisiert – unterlag zeitgenössischen Vorstellungen und Wertungen: von extrem rigide und tabuisiert bis extrem liberal. „Den Beschuldigten war es in diesem Sinne möglich, das Thema ‚Aufklärung‘ mit Inhalten zu besetzen, die letztlich der eigenen Stimulation dienten. Fast immer leiteten die Beschuldigten in solchen Fällen von ihren Erläuterungen über das Funktionieren des menschlichen Geschlechtslebens über zur Frage, ob der Betroffene schon ‚so weit‘ oder ‚reif‘ sei. Regelmäßig mündete diese Frage zur ‚Überprüfung‘ in den genitalen Missbrauch der Betroffenen, wobei Masturbationshandlungen meist den Einstieg bildeten.“

### **Medizinische Hilfen und Unterricht zur Anbahnung von Missbrauch**

Auch wurde den Forschern von vermeintlichen „medizinischen Hilfeleistungen“ bei kirchlichen Ferienfreizeiten berichtet. Diese ermöglichten „übermäßig engen Körperkontakt mit den Betroffenen in einer Art und Weise, die gegebenenfalls auch dem Umfeld gegenüber vertretbar erscheinen konnte“. Meist handelte es sich um kleinere Behandlungen wie das Verabreichen von Zäpfchen, das Eincremen mit Salben, Massagen oder bestimmte eingehende körperliche Untersuchungen zu angeblich diagnostischen Zwecken im Rahmen der Ersthilfe oder Abklärung von Erkrankungen.

Ein weiteres Narrativ entstand aus dem „Klischee von ‚Liebesbeziehungen‘ zwischen (Nachhilfe-)Lehrer und Schülerinnen (...), das in Form von Literatur und Film eine geradezu popkulturelle Dimension besitzt“. Das Engagement von Geistlichen als Nachhilfelehrer in alten Sprachen sowie Musik oder ande-



*Mit den „Einblicken“ will die Studie nachvollziehbar machen, wie die Persönlichkeit von Kindern zerstört wurde. Foto: Julia Steinbrecht/KNA*

ren Fächern sei nach außen eher positiv aufgefallen.

Weiter widmet sich die Studie dem über die Jahrzehnte ebenfalls unterschiedlichen Verständnis von Nähe und Distanz in der Seelsorge: „In den späten 1960er und 1970er Jahren galt eine ausgeprägte Nähe zwischen einem Geistlichen und Kindern sowie Jugendlichen als Ausweis guter Jugendarbeit.“ Dabei zitieren die Autoren einen Geistlichen, der „bei Jugendfahrten darauf Wert gelegt (hatte), mit den Jugendlichen im gleichen Schlafsaal zu schlafen“ und sich auch beim gemeinsamen Duschen nichts dachte. „Das ausdrückliche Streben nach Nähe war Teil des Narrativs engagierter Jugendseelsorge.“

Karl Haucke kommentiert an dieser Stelle: „Ich halte diese Einlassungen für ein Märchen, das auch heute noch beweisen soll, wie richtig, nämlich dem Zeitgeist entsprechend, damals alles war. Die Argumentation entspricht deutlich dem von Papst Benedikt propagierten Narrativ von der Mitschuld der 68er. Wahr ist, dass Tausende von Priestern Theologie gelernt haben – und sonst nichts. Sie wurden in die Jugendpastoral geschickt, ohne dafür ausgebildet zu sein.“

Schließlich behandelt die Studie Narrative vermeintlicher Nichtverantwortlichkeit von Vorgesetzten. Diese habe vor allem der Entlastung der Institution Kirche sowie der Abwehr etwaiger Forderungen von Betroffenen gedient. Dabei wird die schwierige Unterscheidung von kirchlich-beruflichem wie privatem Lebensbereich von Klerikern behandelt, die derzeit auch bei einem Kölner Gerichtsprozess um die Amtshaftung der Kirche eine Rolle spielt.

Auch der kanonische Rechtsgrundsatz der „salus animarum suprema lex“, der Schutz des Seelenheils als höchstem Rechtsgut kommt als Vertuschungsmotiv zur Sprache – um kein öffentliches Ärgernis zu erregen und das Ansehen der Kirche zu schützen. Fazit der Studie: „Spätestens durch die massenhafte Aufdeckung der Missbrauchstaten ist allerdings deutlich geworden, dass diese Abwägung moralisch ebenso falsch wie pastoraltheologisch kurzsichtig ausfiel, wenn man auf die Folgen für die Kirchenbindung blickt.“

### ***Sein älterer Bruder sagte ihm: der Pfarrer sei nicht ganz sauber***

Die von den Forschern formulierten „Einblicke“ orientieren sich vor allem an Fragen von Betroffenen. Zur Frage „Warum ich?“ gibt es etwa diesen Einblick in die Jugendarbeit: „G erinnert sich an die ersten Zeltlager, damals ging er noch zur Grundschule. Sein älterer Bruder hatte ihn vorher schon gewarnt, der Pfarrer wäre nicht ganz sauber und würde sich immer bestimmte Jungen ausgucken. Die müssten dann eklige Sachen mit ihm machen. Was das genau heißen sollte, konnte oder wollte sein Bruder ihm aber nicht sagen. Im Zeltlager bekam er es dann selbst zu spüren. G merkte bald, dass der Pfarrer ihn auf dem Kieker hat – wegen jeder Kleinigkeit musste er zum Pfarrer ins Zelt. Der redete auf ihn ein, erzählte von Gott und Liebe und davon, dass Strafen auch mal nötig seien. Dabei fasste er G an und spielte auch an sich selbst herum – G verstand das damals nicht. (...Aber) das Zeltlager war doch immer ein Highlight in dem kleinen Ort, da wurde

wirklich was geboten. Alle seine Freunde fuhren mit. G wollte kein Außenseiter sein und zuhause herumsitzen. Also Zähne zusammenbeißen und durch.“

### ***Der Vater einer Freundin warnte den Pfarrer***

Zur Frage „Was macht er mit mir?“ liest sich ein Einblick so: „M (...) erinnert sich, dass der Geistliche beim Kommunion- oder Musikunterricht immer wieder Gelegenheiten schuf, um junge Mädchen an sich zu ziehen und sie zu berühren. Der Vater einer Freundin warnte den Pfarrer, so etwas nicht noch einmal mit seiner Tochter zu machen – er lässt die Tochter in Ruhe, aber aufgehört hat er nicht.“

Auch die kontrovers debattierten Zahlungen zur Anerkennung des Leids werden beleuchtet: „T öffnet den Brief des Bistums. Schon vor Monaten hat sie die schlimmsten Erfahrungen ihres Lebens völlig fremden Personen erzählt. (...) Das hat sie große Überwindung gekostet, aber für das ‚Verfahren für Leistungen in Anerkennung des Leids‘ ist es angeblich notwendig. Schließlich musste sie einen schriftlichen Antrag stellen und alles noch mal aufschreiben. Erst jetzt – ein halbes Jahr später – hat sie einen Zwischenbescheid erhalten. Lapidar heißt es darin, man habe ihren Antrag nun weitergeleitet und müsse mit einer mehrmonatigen Bearbeitungszeit bei der zuständigen Kommission in Bonn rechnen. (...) Das Schreiben ist ein Formbrief, den das Bistum wohl an alle Betroffenen geschickt hat. T ist fassungslos (...)“

In einer Stellungnahme des Bistums würdigte Generalvikar Ulrich Beckwermert vor allem die entwickelten Narrative und Einblicke; diese gäben wichtige Impulse für Prävention und Bildungsarbeit. Laut Heinz-Wilhelm Brockmann, externer Sprecher der Monitoring-Gruppe zum diözesanen Schutzprozess, könnten sie zu klugem und entkrampftem Umgang mit Sexualität und sexualisierter Gewalt beitragen.

[Website der Universität mit den Ergebnissen des Forschungsprojekts.](#)





Birette und Kardinalsringe im Petersdom

Foto: Vatican Media/Romano Siciliani/KNA

# Eine Namensliste mit klaren Botschaften

**Die zehnte Kardinals-Ernennungs-Runde von Papst Franziskus enthält einige Überraschungen und klare Botschaften. Das gilt für die neu ausgewählten – und auch für jene, die (wieder einmal) leer ausgingen.**

## Von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt (KNA) Wenn Papst Franziskus am 8. Dezember den neu ernannten Kardinälen das rote Birett überreicht, werden unter der anwesenden Kurienbischofen einige sein, die zum wiederholten Male leer ausgehen. Sie müssen sich damit abfinden, dass sie nicht – oder noch nicht – für würdig befunden wurden, in den „Senat“ des Papstes berufen zu werden.

Dies betrifft vor allem den emsig an der Vorbereitung des Heiligen Jahres arbeitenden Erzbischof Salvatore „Rino“ Fisichella. Der seit vielen Jahren ohne Kardinalsrot an der Spitze der vatikanischen Evangelisierungsbehörde stehende Theologe wird wohl erst nach dem erfolgreichen Abschluss des Mammutereignisses für Höheres auserkoren; mit dann 74 Jahren wäre er immer noch jung genug, um in den Kreis der potenziellen Papstwähler vorzurücken.



Foto: Paolo Galosi/Romano Siciliani/KNA



Foto: Cristian Gennari, Romano Siciliani/KNA

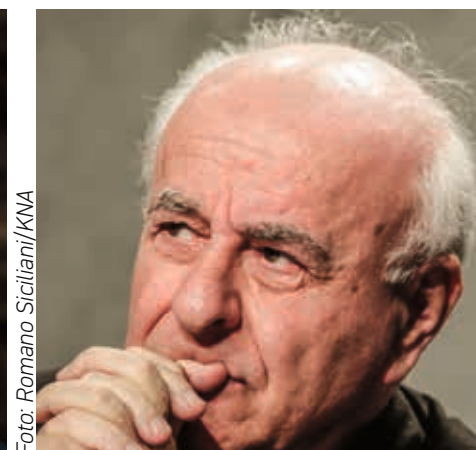


Foto: Romano Siciliani/KNA

Sie gingen erneut leer aus (v.l.): Salvatore Fisichella, Swjatoslaw Schewtschuk und Vincenzo Paglia

Nicht mehr ganz so viel Zeit hat ein anderer Aspirant. Der bislang hoch im Kurs stehende Erzbischof Vincenzo Paglia wird im Heiligen Jahr bereits 80 und muss danach vermutlich die Leitung der „Päpstlichen Akademie für das Leben“ in jüngere Hände übergeben. Den Thinktank des Papstes für allerlei Zukunftsfragen der Menschheit hat er – ganz im Sinne des jesuitisch denkenden Papstes – beharrlich zu einem liberaleren und offeneren Forum von Wissenschaftlern aus aller Welt umgebaut. Doch dass er sich unlängst halböffentlich selbst für die Kardi-

nalswürde ins Gespräch gebracht haben soll, kam beim Papst vermutlich weniger gut an.

### **Paris, Florenz, Mailand schauen „in die Röhre“**

Ebenfalls „in die Röhre“ schauen die Erzbischöfe so wichtiger Bischofssitze wie Paris, Florenz oder Mailand – während der von Turin, ein wenig überraschend, nun doch Kardinal geworden ist. Mit seinen gerade mal 57 Jahren ist Roberto Repole einer der vielen aus der Altersgruppe der

U60, die Papst Franziskus fördert. Aber er ist bei weitem nicht der Jüngste, der am 8. Dezember ins Kardinalskollegium aufrückt.

Zur Gruppe der Youngsters zählt ab dann auch der indische Prälat George Jacob Koovakad (53), aktueller Reisemarschall des Papstes. Gut möglich, dass Franziskus den neuen syro-malabarischen Purpurträger bald für schwierige Aufgaben in dessen indischer Heimat einsetzen will. Dort tobt seit Jahren ein erbitterter Ritenstreit, in dem sich selbst der Papst nicht so recht durchzusetzen vermag.



Foto: Lola Gomez/CNS/KNA



Foto: Paolo Galosi/RS/KNA



Foto: Australian Catholic Bishops' Conference

Bald die Youngsters im Purpur (v.l.): der Reisemarschall des Papstes George Koovakad (53), Untersekretär und Migrationsexperte Fabio Baggio (49) und der exil-ukrainische Bischof Mykola Bychok (44).

Ähnlich jung ist der litauische Geistliche Rolandas Makrickas (52). Er leitet heute schon faktisch des Papstes Lieblingskirche in Rom, die altehrwürdige Basilika Santa Maria Maggiore, wo Franziskus auch begraben werden will.

Ziemlich jung für einen Kardinal ist auch der italienische Migrations-Experte Fabio Baggio (49), der bislang in der vatikanischen Sozial- und Entwicklungsbehörde den Rang eines Untersekretärs bekleidet und möglicherweise in nicht allzu langer Zeit zum Nachfolger des nach einem vielversprechenden Anfang eher blass gebliebenen Präfekten Michael Czerny (78) aufrücken könnte.

Noch jünger als Baggio ist nur der für etwa 35.000 Exil-Ukrainer in Australien zuständige Bischof Mykola Bychok (44). Mit der Ernennung dieses jüngsten Kardinals der Neuzeit brachte der Papst das Kunststück fertig, gleich zwei wichtige Erzbischöfe zu düpieren: Den ukrainischen Großerbischof

Swjatoslaw Schewtschuk in Kiew, der sich mitunter kritisch zur diplomatischen Linie des Papstes im russisch-ukrainischen Krieg geäußert hat; und den Erzbischof von Sidney, Anthony Fisher, der nach dem Ableben von Kardinal George Pell eigentlich der logische Purpurträger in Australien gewesen wäre. Doch soll er sich kritisch zum harschen Vorgehen des Papstes gegen die Traditionalisten geäußert haben – was ihm vermutlich keine Pluspunkte beim Pontifex einbrachte.

### **Afrikaner wegen Protest abgestraft?**

Auch einige afrikanische Erzbischöfe dürften sich mit Nichtbeachtung gestraft fühlen. Sieht man von dem aus Frankreich stammenden Erzbischof von Algier ab, steht diesmal nur ein Afrikaner auf der Liste neu ernannter Kardinäle: Der Erzbischof von Abidjan, Ignace Bessi Dogbo. Einigen anderen könnte es der Papst verübelt haben, dass sie sich am

„Aufstand“ gegen die vatikanische Öffnung bei der Schwulensegnung beteiligt haben, bei der zur Jahreswende die Vorsitzenden fast aller afrikanischen Bischofskonferenzen mitmachten.

Weiter hoch im Kurs stehen hingegen die wichtigen lateinamerikanischen Bischofssitze wie Lima in Peru, Santiago de Chile oder Porto Alegre in Brasilien. Fast überall in Lateinamerikas Metropolen waren Jahrzehnte lang klar konservative Erzbischöfe am Ruder; doch dann hat Franziskus nach und nach Erzbischöfe auf seiner kirchenpolitischen Linie ernannt, und die macht er nun auch nach und nach zu Kardinälen.

Dass er außerdem den von ihm persönlich geschaffenen Sitz eines „Primas von Argentinien“ in Santiago del Estero im zurückgebliebenen argentinischen Norden mit einem Kardinalshut bedachte, folgt einer innerargentinischen Gerechtigkeits-Logik, die für Außenstehende nur schwer nachzuvollziehen ist.



Foto: Markus Schönherr/KNA



Foto: Vatican Media/Romano Siciiani/KNA

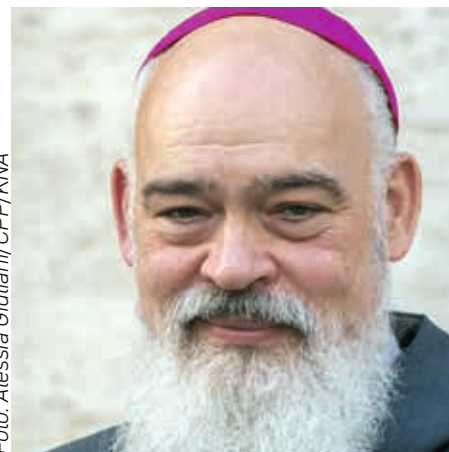


Foto: Alessia Giuliani/CPP/KNA

Ebenfalls in Purpur (v.l.): Belgrads Erzbischof Ladislav Nemet, Abidjans Erzbischof Ignace Bessi Dogbo und Dominique Joseph Mathieu, Erzbischof von Teheran-Isfahan



Foto: Massimiliano Migliorato/CPP/KNA



Foto: Imago/Abaca Press



Foto: Romano Siciliani/KNA

Zwei Außenseiter und ein Mann im Zentrum (v.l.): der britische Dominikaner Timothy Radcliffe, Algiers Erzbischof Jean-Paul Vesco und des Papstes Generalvikar im Bistum Rom, Baldassare Reina.

Da in Europa außerhalb Italiens unter Papst Franziskus ohnehin kaum noch einer der früheren „Kirchenfürsten“ auf alten und wichtigen Bischofssitzen mit der Kardinalsernennung rechnet, folgten auch die beiden Kardinalsernennungen für Europa einem bekannten Muster. So wurde mit Erzbischof Ladislav Nemet, dem ungarisch sprechenden Hirten der 20.000 Katholiken in Serbiens Hauptstadt, ein Mann belohnt, der sich im ökumenisch und interreligiös schwierigen Umfeld des früheren Jugoslawien als ein Mann des Dialogs profiliert hat. Hingegen gingen kirchenpolitische Schwergewichte in Ost- und Südosteuropa wieder einmal leer aus.

Ihrer Bereitschaft zum interreligiösen Dialog verdanken vermutlich auch der Erzbischof von Teheran-Isfahan, der Belgier Dominique Mathieu, und der von Algier, Jean-Paul Vesco, ihre Nominierung. Hier wie dort setzt der Papst darauf, dass die Hirten einer kleinen katholischen Herde durch glaub-

würdiges Zeugnis inmitten einer andersgläubigen Mehrheit den Dialog unter den Religionen noch mehr voranbringen als wichtige Konferenzen und Dokumente.

### **Vom Außenseiter zum Kardinal**

Ganz andere Verdienste haben dem wohl exotischsten „Neukardinal“ zu seiner Beförderung verholfen: Timothy Radcliffe aus London, der weit gereiste und langjährige Chef des Dominikanerordens, hat in beiden Vollversammlungen der Weltsynode im Vatikan durch seine geistlichen Impulse entscheidendere Akzente gesetzt als mancher offizielle Synodenteilnehmer mit Kurienamt oder Bischofssitz.

Für viele Konservative ist der begnadete Prediger im weißen Gewand ein rotes Tuch – und das nicht nur wegen seiner politisch linken Vergangenheit: Radcliffe hat, ähnlich wie der amerikani-

sche Jesuit James Martin, schon frühzeitig nicht nur für eine Öffnung der katholischen Seelsorge für gleichgeschlechtlich Liebende plädiert, sondern sie schon praktiziert, als dies vom Lehramt in Rom noch misstrauisch beäugt wurde.

Beinahe banal nimmt sich im Vergleich dazu die doppelte Beförderung des bisherigen „Vizeregenten“ im Bistum Rom, Baldassare Reina, aus. Nachdem Franziskus seine Aufgabe als Bischof von Rom vor etwa drei Jahren fester in die Hand genommen hat, um Wildwuchs und Skandale „vor der eigenen Haustür“ zu bereinigen, war es erwartbar, dass er seinen neuen Statthalter dort auch institutionell und zeremoniell absichern würde. Er ernannte ihn in einem Atemzug zum neuen „Generalvikar Seiner Heiligkeit für das Bistum Rom“ und zum künftigen Kardinal. Damit kann Reina nun die Reformen im zweitgrößten italienischen Bistum aus eigener Kraft, aber immer unter Aufsicht seines Chefs, vollenden.

**Anooshavan Avedian** (62), iranisch-armenischer Pastor, ist aus der Haft entlassen worden. Wie die Menschenrechtsorganisation „Article 18“ (London) mitteilte, konnte er am 24. September das Evin-Gefängnis in Teheran verlassen. Avedian war im April 2022 von einem Gericht wegen Organisation und Leitung einer Hauskirche zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA benannten ihn im Oktober 2023 als „Gefangenen des Monats“.



Foto: KNA-Bild

**Helmut Bauer**, ehemaliger Weihbischof im Bistum Würzburg, ist am 5. Oktober im Alter von 91 Jahren in Würzburg gestorben. Bauer war von 1988 an 20 Jahre lang Weihbischof in Würzburg, wo er seit 2008 auch seinen Ruhestand verbrachte. 2010 hatte Bauer für Schläge gegen Schüler in einem Bischöflichen Knabenseminar um Entschuldigung gebeten. Im Oktober 2021 war zudem bekannt geworden, dass Bischof Franz Jung wegen Bauers Umgang mit einem Missbrauchsfall die Bischofskongregation in Rom eingeschaltet hatte.

**Jürgen Braasch**, zuvor 18 Jahre lang kaufmännischer Geschäftsführer der Niedersächsischen Staatstheater Hannover, wird neuer Vorsitzender der Wilhelm-Buch-Gesellschaft. Er löst Joachim Werren ab. Der Verein ist unter anderem Träger des Museums Wilhelm Busch - dem Deutschen Museum für Karikatur und Zeichenkunst.

**Joan Carling**, die sich auf den Philippinen für die Rechte Indigener einsetzt, sowie der Palästinenser **Issa Amro** und seine Initiative Youth against Settlements für ihren gewaltfreien Widerstand „gegen Israels illegale Besatzung“, erhalten den sogenannten Alternativen Nobelpreis. Außerdem werden ausgezeichnet die Umweltaktivistin **Anabela Lemos** aus Mosambik und die Londoner Rechercheagentur Forensic Architecture, die mit Technologie Menschen- und Umweltverbrechen untersucht. Der Right Livelihood Award (Preis für die richtige Lebensweise) wird im Deutschen oft als „Alternativer Nobelpreis“ bezeichnet und versteht sich als Auszeichnung „für die Gestaltung einer besseren Welt“.

**Daniel Chanoch**, Überlebender des Holocausts, ist am 30. September im Alter von 92 Jahren gestorben. Er durchlitt als Junge eine Odyssee durch sechs Konzentrationslager und überlebte. Nach seiner Befreiung emigrierte er nach Israel. Bis ins hohe Alter engagierte er sich in der Erinnerungsarbeit.



Foto: Benediktinerabtei Gerleve

**Pius Engelbert**, ehemaliger Abt der Benediktinerabtei in Gerleve im Münsterland, ist am 6. Oktober im Alter von 87 Jahren gestorben. Engelbert war der vierte Abt seit der Klostergründung vor mehr als 100 Jahren. Der gebürtige Kölner trat 1965 in das Kloster ein, studierte Philosophie und Theologie sowie in Rom Geschichte. Ab 1981 wirkte Engelbert als Professor für Kirchengeschichte an der Benediktinerhochschule in Rom sowie an der Päpstlichen Universität Gregoriana. Er leitete das Kloster von 1999 bis 2006.

**Didier Eribon** (71), französischer Soziologe, Autor und Philosoph, erhält den diesjährigen „Prix de l'Academie de Berlin“. Mit seinen Büchern „Rückkehr nach Reims“ (2016) und „Eine Arbeiterin“ (2024) habe er vielen Menschen in Deutschland die Augen für die politische Entwicklung Frankreichs geöffnet und eine wichtige Reflexion über die gesellschaftliche Situation in Deutschland angestoßen, so die Akademie.

**Guido Funke** (37), Erfurter Priester, ist neuer Seelsorger in der deutschsprachigen Gemeinde in Rom. Er wurde vom Rektor des Kollegs Santa Maria dell'Anima,

dem Österreicher Michael Max, in Anwesenheit des deutschen Bischofskonferenz-Vorsitzenden Georg Bätzing in sein Amt als „Kurat“ eingeführt. Funke übernimmt Gottesdienste und Gemeindeseelsorge sowie die Betreuung deutschsprachiger Pilgergruppen. Auch erteilt er Religionsunterricht an der Deutschen Schule in Rom.

**David Jaffin**, Theologe und Publizist, ist am 14. September an seinem 87. Geburtstag gestorben. Jaffin bezeichnete sich als „lutherisch-jüdischer Pietist“ und veröffentlichte Bücher in mehreren Sprachen, darunter Bibelauslegungen, Kunstbetrachtungen, Gedichte, Gebete und Kinderbücher. Von 1975 bis 1994 war Jaffin Gemeindepfarrer in Württemberg. Danach betätigte er sich als Redner und als Schriftsteller.

**Annette Jantzen**, Theologin und zuletzt Pastoralreferentin im Bistum Aachen, und **Louisa Harlow**, bislang beim Sozialdienst katholischer Frauen Köln, werden das Programm zur Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der katholischen Kirche zum neuen Jahr gemeinsam leiten. Das Projekt des Hildegardis-Vereins leitete bislang **Stephanie Feder**, die in die Freiberuflichkeit wechselt.

**Peter Kloeppe** (65), Fernsehjournalist, erhält den Evangelischen Medienpreis. Die Jury würdigt damit das langjährige Engagement des RTL-Moderators. Er

habe über drei Jahrzehnte das Bild der Senders geprägt. Die journalistische Seriosität der ehemals von Kloeppe moderierten Nachrichtensendung „RTL aktuell“ werde mit einer konstanten Reichweite belohnt und sei ein Beleg für das Funktionieren des dualen Rundfunksystems in Deutschland.

**Jürgen Klopp** (57), ehemaliger Fußballtrainer des FC Liverpool und gebürtiger Stuttgarter, erhält nach dem Bundesverdienstkreuz auch den Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg „für sein vielfältiges soziales Engagement“.

**Anna Krauß**, evangelische Theologin und seit 2020 Generalsekretärin des Council of Lutheran Churches in Great Britain und Vorstandsmitglied in der Society for Ecumenical Studies, ist in ihr Amt als Direktorin des LWB-Zentrums Wittenberg eingeführt worden. Das Zentrum Wittenberg des Lutherischen Weltbundes wurde 2008 mit Blick auf das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 gegründet.

**Dina El Omari** (42), Münsteraner Islamwissenschaftlerin, die katholische Theologin **Edith Petschnigg** (46) aus Graz sowie der Mitbegründer des Zürcher Instituts für interreligiösen Dialog, **Michel Bollag** (72) erhalten den Herbert-Haag-Preis 2025 für Freiheit in der Kirche. Die Preisverleihung findet am 6. April 2025 in Luzern statt.

Kardinal **Baltazar Enrique Porras**, ehemaliger Erzbischof von Venezuelas Hauptstadt Caracas, wird am 10. Oktober 80 Jahre alt. Mit Erreichen dieser Altersgrenze scheidet der frühere Vorsitzende der Bischofskonferenz des Landes und Vizepräsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM aus dem Kreis der Papstwähler aus. Porras ist seit Jahrzehnten eine prägende Figur der katholischen Kirche in Venezuela und gehört zu den einflussreichen Kirchenvertretern Lateinamerikas.

**Rakieta Poyga**, Menschenrechtsaktivistin aus Burkina Faso, wird mit dem Pauline-Jaricot-Preis 2024 des internationalen katholischen Hilfswerks missio ausgezeichnet. Rakieta Poyga engagiert sich vor allem gegen Genitalverstümmelung. Für ihr Lebenswerk wird Schwester **Lorena Jenal** (74, Foto) geehrt, die seit vielen Jahren gegen Hexenwahn in Papua-Neuguinea arbeitet. Die Ordensfrau hat nach Angaben des Hilfswerks 251 Frauen vor dem Foltertod gerettet und in einem Frauenschutzzentrum untergebracht.



Foto: Roland Juchem/KNA



Religionsunterricht (hier ein Symbolbild) wird bei polnischen Schülern zunehmend unbeliebter – vor allem in Großstädten und in den höheren Klassen.

Foto: Harald Oppitz/KNA

# „Reli abwählen“

Besonders in Großstädten sinkt die Beteiligung am Religionsunterricht rapide. Das kommt Bildungsministerin Barbara Nowacka zupass. Sie will die Zahl der Reli-Stunden halbieren.

## Von Oliver Hinz

Warschau (KNA) Der Jesuit und Religionslehrer Grzegorz Kramer konnte sich jüngst über zwei Erfolgserlebnisse freuen. In einer Schule im westpolnischen Breslau (Wrocław) kam ein Junge, der bisher nicht am Religionsunterricht teilnahm, zu ihm und sagte: „Ich will mich für Reli anmelden. Ich habe meine Eltern überzeugt, und sie haben es mir erlaubt.“ Ein anderer Schüler erzählte dem Pater nach dem Unterricht: „Ich wusste nicht, dass Religion so viel Spaß machen kann.“

Doch so positiv sehen das Wahlfach Reli in Polens drittgrößter Stadt immer weniger. An den Grundschulen, die in Polen acht Jahre dauert, besuchen in Breslau in diesem Schuljahr nur noch knapp 60 Prozent der Kinder den katholischen Religionsunterricht – ein Minus von drei Prozentpunkten gegenüber 2023/24.

„In den ersten drei Klassen nehmen deutlich mehr Schülerinnen und Schüler teil als in den höheren Jahrgangsstufen“, erklärt die Stadtverwaltung auf Anfrage. Richtig out ist Reli an den dortigen

Oberschulen. An ihnen entscheiden sich laut Statistik lediglich 11,3 Prozent der Jugendlichen für das Fach. Ein Jahr zuvor waren es noch 15,2 Prozent.

Das Wahlfach Ethik spielt an den Oberschulen der 670.000-Einwohner-Stadt fast keine Rolle. Nur 1,3 Prozent der Jugendlichen belegen es. Es wird allerdings auch nicht überall angeboten. Ähnlich unbeliebt wie in Breslau ist der Religionsunterricht auch unter den Jugendlichen in Polens viertgrößter Stadt Łódź. „86 Prozent der Oberschüler haben im laufen-

den Schuljahr auf das Fach Religion verzichtet“, antwortet die Stadtverwaltung. Bei den Grundschulern in der zentralpolnischen Großstadt seien es 37 Prozent. Für Warschau soll die neue Statistik erst Ende des Monats vorliegen. Im vergangenen Schuljahr hatten sich in der Hauptstadt drei von vier Jugendlichen gegen Reli entschieden. Krakau erhebt die Zahlen nicht.

Auf dem Land steht es besser um den Religionsunterricht. In Dörfern und kleinen Städten wird das Fach häufiger als wichtig und unverzichtbar angesehen. Die Bischofskonferenz ermittelte, dass im Schuljahr 2022/23 landesweit bei 80,3 Prozent aller Schülerinnen und Schüler das Fach Reli auf dem Stundenplan stand. Eine neuere kirchliche Statistik liegt bisher nicht vor.

Das Interesse am Religionsunterricht habe in den Schulen keineswegs so stark abgenommen, wie vielfach behauptet werde, sagt der Direktor des Statistikinstituts der katholischen Kirche, Marcin Jewdokimow. In ostpolnischen Diözesen wie Przemyśl würden weiter mehr als 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen am Religionsunterricht teilnehmen.

Und wie erklärt sich das Erzbistum Breslau den Rückgang der Schülerzahl in Reli? Pressesprecher Maciej Rajfur verweist auf mehrere Faktoren. Der Grad der Religiosität in Polen sinke, sagte er der örtlichen Zeitung „Gaze-

ta Wroclawska“. Es gebe in den Klassen jetzt mehr ukrainische Schülerinnen und Schüler und die besuchten seltener den katholischen Religionsunterricht. „Hinzu kommt das negative Bild der Kirche bei den Jugendlichen und auch bei ihren Eltern, die in den Medien in einem eher negativen Kontext von der Kirche hören oder lesen. Der gute Alltag wird nicht wahrgenommen, nur die Skandale“, so der Sprecher.

### ***Polen sind für das Fach, aber weniger Stunden***

Diese Woche erhielt die Kirche einen Dämpfer. Obwohl sie seit Wochen intensiv für das Schulfach wirbt, befürworteten 58 Prozent der Erwachsenen in einer landesweiten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS, nur noch eine Stunde pro Woche Religionslehre zu erteilen – statt wie bisher zwei Stunden. Genau diese Reduzierung plant Bildungsministerin Barbara Nowacka. 35 Prozent waren damit nicht einverstanden. Die Umfrage ergab auch, dass 51 Prozent der Polinnen und Polen für Religionsunterricht an den Schulen sind.

Alle Religionsgemeinschaften erhielten Nowacka zufolge ihren Entwurf einer Verordnung. Demnach soll es ab dem nächsten Schuljahr nur noch eine Stunde Reli in der Woche geben. „Ich setze auf Einigkeit und Dialog mit der Bischofskonferenz“, so die Ministerin. „Hier geht es nicht um einen

Streit, sondern um eine vernünftige Unterrichtsplanung.“

Kinder sollten nicht mehr Stunden in Religion unterrichtet werden als in Biologie, Chemie oder Physik. Nowacka plädiert zudem dafür, das von ihr geschmähte Fach nur noch in der ersten oder letzten Unterrichtsstunde anzubieten. Dann könnten jene Kinder und Jugendlichen, die kein Reli haben, später in die Schule kommen oder früher nach Hause gehen.

Katholische Bischöfe warnten, die Hälfte der Religionslehrer würden dadurch ihren Job verlieren. Die Ministerin konterte, man werde Schulungen für betroffene Lehrkräfte anbieten, damit sie andere Fächer unterrichten könnten. Wie Ministerpräsident Donald Tusk hat sie sich eine strikte Trennung von Staat und Kirche auf die Fahnen geschrieben. Die im Herbst 2023 abgewählten Konservativen hatten sich dagegen besonders kirchennah gegeben.

Polen steht ein längerer Kampf um das Fach Religion bevor. Für Warschaus Kardinal Kazimierz Nycz ist klar, „eine Stunde Religionsunterricht pro Woche sollte für alle Schüler absolut obligatorisch sein, da wir in einer europäischen Zivilisation leben, die aus dem Christentum hervorgegangen ist“. Ohne Kenntnis des Christentums sei es unmöglich, europäische Kunst, Musik und Architektur zu verstehen. 27 andere europäische Länder hätten begriffen, dass dieses Schulfach notwendig sei.





# Indonesien nach dem Besuch des Papstes

Die bislang längste Auslandsreise führte Papst Franziskus im September unter anderem in das islamische Indonesien. Hier blüht die Kirche. Doch es gibt auch Enttäuschung, und manche Erwartung hat einen Dämpfer erhalten.

## **Von Michael Lenz**

Jakarta (KNA) Augustinus Ivan und Leonardus Bima stammen aus katholischen Familien in Jakarta, beide sind 35 Jahre alt, beide bereiten sich im Seminar St. Johannes Paul II. in ihrer Heimatstadt Jakarta auf den Priesterberuf vor.

Ivan ist ein so genannter Spätberufener. Fast zehn Jahre lang hat er als Bodenpersonal einer arabischen Fluggesellschaft am internationalen Flughafen Soekarno-Hatta von Jakarta gearbeitet,

hatte eine Freundin. Der Tod beider Elternteile innerhalb von sechs Monaten aber warf ihn aus der Bahn. „Das war ein Tiefpunkt. In der Zeit habe ich aber zu Gott gefunden“, fasst er seine Erfahrung seither zusammen.

## ***Als Baby auf der Flucht von den Molukken***

Hingegen ist Leonardus Bima ein Frühberufener. Seine Eltern gaben ihn mit elf Jahren in ein „Kleines Seminar“ auf Bali. „Mit etwa 13 habe ich die Flamme des Hei-

ligen Geistes gespürt“, erinnert sich Bima. Er wuchs in Jakarta auf, wurde aber 1999 in Ambon auf den Molukken geboren, in dem Jahr, als eine Welle muslimischer Gewalt gegen Christen begann, die bis 2002 andauerte und bis zu 10.000 Todesopfer forderte. „Ich war ein Jahr alt, als die Eltern nach Jakarta flüchteten“, sagt Bima.

Bima und Ivan sind zwei von vielen Hundert Seminaristen in Indonesien. Die vollen Priesterseminare könnten ein Indiz für die Behauptung sein, die rund um den

Papstbesuch von der Kirche verkündet und durch Medien verbreitet wurde: das mehrheitlich islamische Indonesien sei eines jener Länder in Südostasien, in denen die Zukunft der Kirche liege.

Die Statistiken gegen das für Indonesien allerdings nicht her. „In offiziellen Statistiken sind die Prozentzahlen der Religionen seit Jahren unverändert. Ich vermute aber, dass Erwachsenentaufen, außer von (indonesischen) Chinesen, zurückgegangen sind“, sagt der Jesuit Franz Magnis Suseno, Gründer der Philosophische Hochschule Driyarkara in Jakarta, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

### **Konversionen aus unterschiedlichen Gründen**

Zwar weist der Religionsexperte Andreas Harsono darauf hin, dass die Zahl indonesischer Christen in den vergangenen fünf Jahrzehnten gewachsen sei. Ursache seien damalige gesellschaftliche

und politische Umstände gewesen. „Einigen demografischen Studien zufolge sind die neuen Christen vor allem auf die Gewalt und willkürliche Inhaftierung der Kommunisten zwischen 1965 und 1979 zurückzuführen. Viele dieser kommunistischen Gefangenen und ihre Familien haben sich aus verschiedenen Gründen für das Christentum entschieden, unter anderem wegen der Dienste, die die christlichen Kirchen ihnen in ihrer schwierigsten Zeit leisteten.“

Angehörige indigener Religionen hatten sich laut Harsono für das Christentum entschieden, um der Verfolgung als „Ungläubige“ auf Basis des Blasphemiegesetzes von 1965 zu entgehen. Seitdem aber Anfang der 1980er Jahre der Staat die Existenz der Stammesreligionen langsam zu akzeptieren begann, seien viele zu ihren traditionellen Religionen zurückgekehrt. Offiziell sind in Indonesien bis heute nur Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus und Buddhismus als Religionen anerkannt.

Welche Auswirkungen der Besuch von Papst Franziskus in Jakarta haben wird, muss man abwarten. „Die Diskussion darüber ist im Gange“, sagt Michel Chambon. „Die östlichen Teile des Landes - Flores und Papua - sind enttäuscht, dass er nur Jakarta besuchte und nichts direkt über Papua gesagt hat“, so der Leiter der „Initiative to Study Asian Catholics“ (ISAC) an der Nationalen Universität von Singapur. Ein Großteil der indonesischen Katholiken lebt auf Flores und in Papua.

### **Probleme der Papuaner nicht angesprochen**

Die Papuaner sind seit Jahrzehnten Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär (vgl. KNA-Hintergrund Nr. 35/2024). Die katholische Bischofskonferenz schweigt dazu kontinuierlich. Dem Vernehmen nach wurde dem Papst nahegelegt, die Probleme der Papuaner nicht anzusprechen; ein Erzbischof soll an-



*Franziskus die Katholiken des Landes, links in der Kathedrale von Jakarta, und Vertreter des Islam, rechts mit Groß-Imam Nasaruddin Umar in der Istiqlal-Moschee.. Fotos: Vatican Media/Romano Siciliani/KNA*

gewiesen worden sein, einen Brief der katholischen Papuaner nicht Franziskus zu übergeben.

### **Kritik: Missbrauch nicht angesprochen**

Enttäuscht vom Papstbesuch waren auch Frauen, weil das Thema Missbrauch in der indonesischen Kirche nicht angesprochen wurde. „Sicher ist, dass die Aufarbeitung von Missbrauchsfällen durchaus noch am Anfang steht“, sagt Suseno.

Dem viel gepriesenen Schub für den Dialog zwischen Christentum und Islam durch Franziskus' Besuch im größten mehrheitlich islamischen Land versetzt Suseno einen leichten Dämpfer. „Dialog mit dem Islam“ bedeute in der Praxis, dass man miteinander über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme Indonesiens spricht und gemeinsame Positionen sucht. „Das läuft seit etwa 25 Jahren immer besser“, meint Suseno.

*Freuen sich auf ihren Einsatz als Priester: Augustinus Ivan (li.) und Leonardus Bima.*

*Foto: Michael Lenz*



„Einen Austausch über unseren jeweiligen Glauben gibt es hier, außer auf persönlicher Basis, nicht, und ich würde das auch nicht für aktuell ansehen.“ Die Gesamtbilanz des Papstbesuches ist für Suseno aber positiv. „Der Besuch war rundum gelungen. Außer ein paar, auch von Muslimen als extrem und hoffnungslos kategorisierten islamischen Stimmen, wurde der Besuch auch von Muslimen freudig angenommen.“

Unbeirrt von den Problemen innerhalb der Kirche als von den immer wieder Schlagzeilen machenden Diskriminierungen von Christen freuen sich die beiden

Seminaristen Ivan und Bima auf ihr künftiges Leben als Priester. „Ich strebe eine akademische Karriere an. Aber wir sind zu Gehorsam verpflichtet und ich werde sehen, was die Kirche für mich vorsieht“, sagt Bima.

Ivan sieht sich als Gemeindepriester mit einem Fokus auf interreligiöses Engagement. „Das ist für Katholiken und Christen in diesem Land wichtig.“ Beide Männer waren Messdiener bei der Papstmesse am 5. September in Jakartas Gelora Bung Karno Stadion und beide sind sich einig: „Den Papst aus der Nähe zu erleben ist ein Höhepunkt in unserem Leben.“



*Teilnehmer begrüßen und fotografieren die Ankunft von Papst Franziskus zur Messe am 5. September im Fußballstadion Gelora Bung Karno. Foto: Lola Gomez/CNS photo/KNA*

# „Der Gaza-Streifen hätte zum Modell eines freien und friedlichen Palästina werden können“

Der erste Jahrestag des Massakers der Hamas an Israelis war nahezu allen säkularen Medien mindestens einen Kommentar wert. Allerdings wählten die Autoren unterschiedliche Ansätze und verständlicherweise gewichteten sie auch unterschiedlich. Hier zu eine kleine internationale Auswahl ...

*Zum Jahrestag des Terror-Überfalls der Hamas auf Israel schreibt Antonio Polito im „Corriere della Sera“:*

„Die Hamas hat diesen Krieg begonnen. Aber nicht, um die von Israel besetzten Gebiete zu befreien, denn die angegriffenen Kibbuzim und Dörfer sind seit der Gründung des jüdischen Staates im Jahr 1948 dessen fester Bestandteil.

Auch nicht, um ihr [eigenes] Gebiet zu befreien, denn der Gazastreifen wurde 2005 von einem der historischen Führer der israelischen Rechten, Ariel Scharon, der ihn gewaltsam von jüdischen Siedlern befreite, an die Palästinenser zurückgegeben. Die Hamas kontrolliert ihn seit fast 20 Jahren, nachdem sie ihn in einem blutigen Staatsstreich gegen ihre ‚Brüder‘ von der Fatah übernommen hatte: Sie hätte den Streifen zu einem Modell eines künftigen freien und friedlichen palästinensischen Staates ma-

chen können; stattdessen nutzte sie alle Ressourcen, die von Katar und dem Iran, aber auch der Uno und Europa dort hineingesteckt wurden, um das Ziel zu verfolgen, den Staat Israel anzugreifen und zu zerstören.

Der 7. Oktober war der erfolgreichste Moment dieser Strategie. Aber es begann auch das tragischste Jahr in der Geschichte dieses unglücklichen Volkes. [...]

In der Isolation, in der Israel seinen x-ten ‚existenziellen‘ Krieg führt, liegt in der Tat auch ein Urteil über die Politik, die es in den langen zwei Jahrzehnten der Ära Netanjahu verfolgt hat. [...] Die Friedenshoffnung dieses großen Volkes, dem es gelang, aus einem Stück Wüste eine ‚Start-up-Nation‘ zu machen, scheint gestorben zu sein mit dem Leben von Itzhak Rabin, dem Ministerpräsidenten eines gänzlich anderen Israels, der ermordet wurde, nachdem er mit Arafat die Osloer Abkommen unterzeichnet hatte: der letzte Versuch, die beiden Völker, das

jüdische und das palästinensische, auf demselben Land in zwei Staaten koexistieren zu lassen. [...]“

*Einen Paradigmenwechsel in Israel konstatiert Christian Ultsch für „Die Presse“ in Österreich:*

„Am 6. Oktober 2023 sah die Welt im Nahen Osten anders aus. Zwischen Israel und Saudiarabien bahnte sich damals eine Normalisierung an, die nach den drei Jahre zuvor abgeschlossenen Abraham-Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko womöglich eine neue Ära der Zusammenarbeit eingeläutet hätte. Mit ihrem bestialischen Terrorüberfall auf Israel am 7. Oktober hat die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hamas diese Entwicklung hintertrieben und die Region in den Abgrund gestürzt, insbesondere ihre eigenen palästinensischen Landsleute in Gaza.

Das größte Pogrom seit 1945 hat für den jüdischen Staat alles verändert. Die Israelis glaubten bis zur Massenschlächtere der Hamas auf ihrem eigenen Territorium, ihre Sicherheit dank militärischer und technologischer Überlegenheit unter Kontrolle zu haben. Sie lebten in der Illusion, die Gefahren, die von der Hamas, dem Iran und den libanesischen Hisbollah-Milizen ausgingen, eindämmen zu können. Der 7. Oktober markiert einen Paradigmenwechsel: Seither versucht Israel, seine Feinde nicht nur in Schach zu halten, sondern systematisch auszuschalten. [...]"

*Im Berliner „Tagesspiegel“ schreibt Christian Böhme dazu:*

„Seit dem 7. Oktober herrscht im Nahen Osten wie selten zuvor Chaos, Gewalt und Leid. Und es darf als sicher gelten, dass die Hamas wusste, welche Zerstörungskraft ihr Massaker über das Morden hinaus entfalten würde.“

Deshalb war es von Anfang an irreführend, den Kampf zwischen der Hamas und Israel als einen lokal begrenzten Krieg um Gaza zu bezeichnen. Seit dem 7. Oktober 2023 geht es um viel mehr, vor allem für Israel. Das Land muss sich Angriffen an mehreren Fronten gegen Feinde erwehren, die allesamt das ‚zionistische Gebilde‘ zerstören wollen.

Denn Israel will jetzt offenbar die Machtverhältnisse zu seinen Gunsten verändern – indem es seine Gegner niederbombt.

Dabei gibt es nur einen Weg, sich dauerhaft zu schützen: mithilfe kluger Diplomatie. [...]

Jerusalem braucht deshalb Verbündete, bestenfalls eine staatenübergreifende Koalition. Mit Partnern in der Region, die jetzt noch mit Verweis auf das massenhafte Sterben in Gaza ein Bündnis verweigern, aber entscheidendes mit Israel verbindet: der Wunsch nach Stabilität.

Eine neue Sicherheitsarchitektur ist vonnöten, die diesem Ansatz Rechnung trägt und die Kriegsgefahr so weit wie möglich bannt. Dafür muss Israel auf Staaten wie Saudi-Arabien zugehen, sich kompromissbereit zeigen, gerade in der Palästinenserfrage.

Waffen und Bodentruppen allein helfen da nicht weiter. Vielmehr ist diplomatisches Geschick gefragt. Das hat Israel schon einmal an den Tag gelegt: mit den sogenannten Abraham-Abkommen. [...]

Doch ohne es offen auszusprechen, gründete insbesondere die Übereinkunft zwischen dem jüdischen Staat und den Golfmonarchien auf der – atomaren – Bedrohung durch den Iran. Teherans Hegemoniestreben etwas entgegenzusetzen, einte die Feinde von einst.

Hätte die Hamas nicht mit ihrem Massaker vom 7. Oktober die Abraham-Abkommen geschredet, stünde der Nahe Osten heute vermutlich nicht vor einem Krieg enormen Ausmaßes.“

*Für „Die Welt“ geht Jacques Schuster mit den Deutschen und ihrem Verhältnis zu Juden hart ins Gericht:*

„Die meisten Deutschen lieben Juden. Nur müssen sie entweder in der Schoah ermordet worden sein oder sich in eine Rolle fügen, in die sie die Deutschen seit Gründung der Bundesrepublik mit zahlreichen Liebkosungen pressen: Sie sollen die Putzkolonne des deutschen schlechten Gewissens bilden – freundliche, möglichst still an der Vergangenheit leidende Überlebende des Holocaust, die schaurig-schön an die deutschen Verbrechen erinnern, aber nie wirklich stören und hoffentlich nur Banales von sich geben. [...]

Seit dem 7. Oktober 2023, der sich nun jährt, konnte man es erleben: Stimmte man unmittelbar nach dem Massenmord an den Juden in Israel – dem größten seit 1945! – noch in die jüdische Trauer ein und sang inbrünstig das Lied der Selbstverteidigung, so hoffte man bald nach den ersten Bildern aus dem Gaza-Streifen, die Israelis und damit die Juden würden ihre Geschicke entsprechend den deutschen Lehren aus den Verbrechen der Nazizeit bestimmen.

Während die Täter und Mitläufer aus den Ruinen der eigenen Städte mit der Einsicht herauskraxelten: „Nie wieder Krieg!“, gingen die wenigen Juden, die überlebt hatten und traumatisiert waren, mit der Erkenntnis in ihre Zukunft, nie wieder Opfer zu sein,

sich niemals wieder auf irgendwem zu verlassen, sich selbst zu verteidigen, um zu überleben, und vor allem den Aggressionen der anderen zu begegnen.

Israel also wehrt sich. [...] Macht Israels Regierung Fehler? Ist sie mitunter zu brutal? Nimmt sie zu wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung? Ja, das tut sie. Dennoch: Wer als Gewalttäter mit Gewalt niedergeschlagen werden muss, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen – sei es Deutschland zwischen 1933 und 1945, der Iran heute oder der Libanon, der die Hisbollah in Seelenruhe morden lässt.

Diese an sich banale Einsicht zählt bei den Deutschen nicht. Sie flippen mehrheitlich aus, wenn Benjamin Netanjahu oder wer auch immer in Israel nicht auf sie hört. Haben die Juden nichts aus der Vernichtung ihre Vorfäter durch Deutsche gelernt? Erdreisten sie sich etwa, unsere Ratschläge in den Wind zu schreiben?

Der deutsche Größenwahn lebt fort – nur unter anderem Vorzeichen: Weil wir die größten Verbrecher waren, wissen allein wir, wie der Frieden auszusehen hat.[...]"

*In der „New York Times“ macht sich Thomas L. Friedman ebenfalls Gedanken zum ersten Jahrestag des Hamas-Überfalls:*

„[...] Alle Kriege laufen auf zwei grundlegende Fragen hinaus: Wer gewinnt den Kampf auf dem

Schlachtfeld? Und wer gewinnt ihn in der Geschichte? Ich denke heute darüber nach, dass selbst nach einem Jahr Krieg, in dem die Hamas, die Hisbollah und Israel den Streitkräften und der Zivilbevölkerung der jeweils anderen Seite schreckliches Leid zugefügt haben, niemand die Feldschlacht oder den Kampf um die Geschichte entscheidend gewonnen hat. In der Tat ist dies ein Jahr nach dem 7. Oktober immer noch der erste arabisch-israelische Krieg ohne Namen und ohne klaren Sieger – weil keine Seite einen klaren Sieg oder eine saubere Geschichte hat. [...]

Wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass die einzige Lösung zwei Staaten für zwei eigene Völker zwischen Jordan und Mittelmeer sind, dann bedeutet der Amoklauf der Hamas einen unermesslichen Rückschlag.

Und welche Geschichte erzählt der Iran? Dass er gemäß der UN-Charta das Recht habe, bei der Schaffung gescheiterter Staaten im Libanon, in Syrien, im Jemen und im Irak mitzuhelfen, damit er in diesen Staaten Stellvertreter für die Zerstörung Israels heranziehen kann? Und mit welchem Recht hat die Hisbollah den Libanon in einen Krieg mit Israel hineingezogen, auf den das libanesisches Volk und die libanesisches Regierung keinen Einfluss hatten und für den sie nun einen hohen Preis zahlen müssen?

Aber auch diese israelische Regierung hat in Gaza keine saubere Geschichte. Es war von Anfang an klar, dass dies der hässlichste

israelisch-palästinensische Krieg seit 1947 werden würde, denn die Hamas hatte sich in Tunneln unter den Häusern, Schulen, Moscheen und Krankenhäusern des Gazastreifens verschanzt. [...]

Daher war es, wie ich von Anfang an argumentiert habe, eine doppelte Pflicht Israels, deutlich zu machen, dass es sich nicht nur um einen Krieg zur Selbstverteidigung handelt, sondern auch um die Zerstörung der Hamas, um etwas Besseres zu schaffen: die einzig mögliche gerechte und stabile Lösung, zwei Staaten für zwei Völker.

Die israelische Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat sich standhaft geweigert, dies zu tun, und zwar so sehr, dass sie ein Jahr später immer noch nicht ihrem Volk, ihrer Armee oder ihren US-Waffenlieferanten gesagt hat, was sie in Gaza anstelle der Hamas aufbauen will, außer einem „totalen Sieg“. Da Israel immer noch Schulen bombardiert, um ein paar Hamas-Kämpfer zu töten, die sich darin verstecken, aber keine andere Zukunft für die Bewohner des Gazastreifens als den permanenten Krieg in Aussicht stellt, hat man das Gefühl, dass es das Ziel ist, jeden einzelnen Hamasnik zu töten - egal, wie viele Zivilisten sterben. Das ist ein Krieg für immer, der sowohl Israels als auch Amerikas Glaubwürdigkeit untergraben und Israels arabische Verbündete in Verlegenheit bringen wird.“

# „Lässt sich an einem Tag all das bedenken, was am 7. Oktober und danach geschah?“

In religiösen Medien widmeten sich Kommentatoren zuletzt vor allem dem Jahrestag des Terror-Überfalls der Hamas am 7. Oktober und dem folgenden Nahost-Krieg. Aber auch eine europapolitische Apathie der Kirchen wurde thematisiert, eine thematisch-politisch einseitige Ausrichtung der EKD sowie Möglichkeiten gegen Resignation in Zeiten zunehmender Krisen.

*Den Vorschlag, den 7. Oktober in Deutschland zu einem Tag der Trauer zu erklären, kommentiert Mascha Malburg in der „Jüdischen Allgemeinen“:*

„[...] Dieser Gedanke, so warm und solidarisch er gemeint gewesen ist, löste in mir einen Schauer aus. [...] Ich glaube, ich erschauerte, weil mich der Gedanke an einen solchen Trauertag auf die Diskrepanz zwischen den symbolischen Gesten des Staates und der Empathielosigkeit weiter Teile seiner Bürger stoßen ließ. [...]

Es war Tischa beAw, der jüdische Trauertag, an dem ich begann, darüber nachzudenken, ob man diesen Gefühlen nicht doch einen öffentlichen Raum geben könnte, auch hier, in Deutschland. Tischa beAw ist der Tag, an dem Jüdinnen und Juden der Zerstörung des Tempels in Jerusalem gedenken. [...] Für eine solche Form der Erinnerung an das Massaker vom 7. Oktober 2023 ist es jedoch noch zu früh. [...]

Das brachte mich zu der Frage, wie überhaupt alles, was nach dem 7. Oktober geschehen ist, an einem einzigen Tag bedacht werden könnte. [...] Tatsächlich enthält schon der jüdische Trauertag Tischa beAw diese Idee der Gleichzeitigkeit: An ihm trauern Juden nicht nur um den zerstörten Tempel, sondern erinnern in den Klageliedern auch an mittelalterliche Pogrome, an die Schoa und seit diesem Jahr auch an das Massaker der Hamas. 2000 Jahre Verfolgung, Zerstörung und Vernichtung werden so verdichtet.

Aber kann das auch ein Staat leisten? Und steht das pluralistische Deutschland dann nicht in der Pflicht, die Trauer seiner palästinensischstämmigen Bürger in dieses Gedenken mit einzuschließen? Für viele Palästinenser in Deutschland kamen die schmerzvollsten Tage erst später. Eine junge Frau aus Düsseldorf erzählte mir, für sie sei es ein Tag im November gewesen, als ihr klar wurde, dass

sie das Haus ihrer Großeltern nie mehr betreten würde – es war in Gaza zerbombt worden. Als wir uns unterhielten, sprach sie nur von der ‚Situation‘, von keinem Datum.

Die ‚Situation‘, die sich seit dem 7. Oktober bleischwer auf die Herzen derjenigen legt, die in Gedanken bei ihren Angehörigen im Kriegsgebiet sind, gleich auf welcher Seite – kann man sich ein gemeinsames Gedenken an sie vorstellen, ohne Zwischenrufer, die die Trauer der anderen Seite nicht ertragen können? Einen Raum ohne eine Instrumentalisierung der Tränen? Welche Grenzen braucht er?

Ein Staat, der sich als Repräsentant auch des Schmerzes all seiner Bürger versteht, muss sich darüber Gedanken machen. Ein Gedenktag aber wirft heute mehr Fragen auf, als er Antworten geben kann.“

*In den „Stimmen der Zeit“ schreibt der frühere Lateinische Patriarch von Jerusalem, Michel Sabbah, zum Jahrestag des Terror-Überfalls der Hamas auf Israel und zum Nahostkrieg:*

„[...] Unsere Katastrophe begann nicht erst am 7. Oktober 2023. Die Wellen der Gewalt haben seit dem Jahr 1917 kein Ende genommen. Ihren Höhepunkt erreichten sie 1948 und 1967 und sie dauern bis heute an. Hat der zionistische Traum von einem sicheren Zuhause für Juden in einem jüdischen Staat namens Israel heute Sicherheit für Juden gebracht? Und die Palästinenser? Sie sind schon zu lange in der Realität von Tod, Verbannung und Verlassenheit gefangen und warten, während sie beharrlich das Recht einfordern, in ihrem Land, in ihren Städten und Dörfern bleiben zu können.

Schockierenderweise schaut die internationale Gemeinschaft fast teilnahmslos zu. Rufe nach einem Waffenstillstand und einem Ende der Verwüstung werden wiederholt, ohne dass ein sinnvoller Versuch unternommen wird, die Verwüster unter Kontrolle zu bringen. Massenvernichtungswaffen und Mittel zur Begehung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit strömen in die Region. [...]

Wir werden erst dann Frieden erleben, wenn die Tragödie des palästinensischen Volkes ein Ende nimmt. Nur dann werden die Israelis Sicherheit genießen. Wir brauchen ein endgültiges

Friedensabkommen zwischen diesen beiden Partnern und nicht bloß vorübergehende Waffenstillstände oder Übergangslösungen. Israels gewaltige Militärmacht kann zerstören und Tod bringen, sie kann politische und militärische Führer und jeden auslöschen, der es wagt, aufzustehen und sich der Besatzung und Diskriminierung zu widersetzen. Allerdings kann das nicht die Sicherheit bringen, die die Israelis brauchen. Die internationale Gemeinschaft muss uns helfen, indem sie anerkennt, dass die Hauptursache dieses Krieges die Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes ist, in seinem Land frei und gleich zu leben. [...]

*In „La Croix“ schreibt Jean-Christophe Ploquin:*

„[...] Der 7. Oktober 2023 wird ein Datum sein, das sich für immer in das Gedächtnis Israels einprägt. An diesem Tag erlitten der Staat und seine Bevölkerung die schwersten Verluste, die seit der Gründung des Landes im Jahr 1948 bei einer bewaffneten Aktion verzeichnet wurden. Der grausame Angriff der Hamas erschütterte die gesamte Gesellschaft und schärfte das Gefühl der Verwundbarkeit. Ein Jahr danach vereinen sich Israelis und Juden auf der ganzen Welt in einem Gefühl der Trauer. Diese Zeit des Gedenkens wird von all jenen verstanden und geteilt, die den Terrorismus ertragen muss-

ten, insbesondere in Frankreich. Leider ging die Gewalt weiter. Die Hamas hat eine Spirale in Gang gesetzt, die scheinbar niemand aufhalten kann. Um diesen Feind auszurotten, hat die israelische Regierung eine verheerende Militärstrategie verfolgt [...]

Besessen von der Frage seiner Sicherheit scheint Israel nicht mehr an Frieden denken zu können. Das trifft zweifellos auf seine Führung und einen Großteil seiner Einwohner zu. Aber es gibt auch andere, die weiterhin der Meinung sind, dass jedes Menschenleben zählt. Unter den Angehörigen der Opfer des Angriffs vom 7. Oktober gibt es einige, die sich dafür einsetzen, dass so schnell wie möglich ein Waffenstillstand in Kraft tritt. Sie wünschen sich, dass Palästinenser und Israelis eines Tages, wenn auch in weiter Ferne, frei Seite an Seite leben können. In ihren Augen werden weder Angst noch Wut eine Lösung bringen. Von Frankreich aus müssen wir ihr Engagement unterstützen.“

*Zum Agieren der Kirchen in Europa schreibt Ulrich Ruh für die „Herder-Korrespondenz“:*

„Mit dem großen Thema Europa tun sich die Kirchen gerade auch in Deutschland zur Zeit eher schwer. [...] Sie wursteln ohne größere Resonanz in der kirchlichen Öffentlichkeit vor sich hin, das Interesse an der kirchlichen Landschaft in europäischen Nachbarländern ist nicht zuletzt



hierzulande von Ausnahmen abgesehen unterentwickelt, wie sich etwa am theologischen Austausch zeigt. [...]

In dieser Situation wäre Nostalgie nur zu verständlich, hilft aber nicht sehr viel weiter. Natürlich gab es nach dem Zweiten Weltkrieg so etwas wie eine goldene Aufbruchzeit für das europäische Engagement der Kirchen im westlichen Europa und nach der ‚Wende‘ von 1989 viele Bemühungen um Brückenbau zu den zuvor unterdrückten Kirchen im ehemals kommunistisch beherrschten Teil des Kontinents. [...]

Aber heute sind die Kirchen in Europa mit anderen Herausforderungen konfrontiert, nicht zuletzt durch das Erstarken national-populistischer, teilweise rechtsextremer Bewegungen in diversen europäischen Staaten. Es muss eine Aufgabe gerade auch kirchlicher Instanzen und Organisationen sein, den demokratischen Rechtsstaat samt seiner kulturellen und religiösen Offenheit mit ihren Mitteln gegen seine Verächter zu verteidigen. Es bräuchte dazu so etwas wie eine neue europäische Vernetzung von Christen und Kirchen über die Grenzen zwischen Ländern und Konfessionen hinweg. [...]"

**In der „Evangelischen Zeitung“ fordert Gerd-Matthias Hoeffchen die Kirche auf, dem „Volk aufs Maul zu schauen“:**

„Deutschland erlebt ein politisches Erdbeben. [...] Die Krise

von Linken und Grünen wirft aber auch ein Schlaglicht auf die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – und auf die Frage, ob die mit ihren politischen Positionen noch auf breitere Zustimmung hoffen kann.

Schon seit Langem machen vor allem konservative Kritikerinnen und Kritiker der EKD und ihren Landeskirchen den Vorwurf, die seien – zumindest in ihren Spitzengremien wie Synoden und Kirchenleitungen – linkslastig und grünfreundlich. Und wer die Tagungen und Äußerungen dieser Spitzengremien über die Jahre verfolgt hat, kann da auch nicht völlig widersprechen. Seenotrettung, Migration, Klimawandel, Gendern, LGBT: Da mag man die Schwerpunktsetzung der EKD für richtig und von Bibel und christlichem Menschenbild her geboten halten.

Aber: Offensichtlich scheint das bei immer mehr Menschen nicht auf Zustimmung zu stoßen. Welche Themen bewegen Gemeindemitglieder, Wählerinnen und Wähler? Was wollen die Menschen? Sind wir bereit, ihnen zuzuhören, dem Volk aufs Maul zu schauen? Oder tun wir das als „Populismus“ ab? Vielleicht ist es angesichts des Wahldebakels Zeit für eine Besinnung – nicht nur bei politischen Parteien.

Das heißt nicht, dass wir die Themen aufgeben dürfen, die uns wichtig sind. Aber zuhören sollten, was den anderen unter den Nägeln brennt.“

**Zu möglichen Verhaltensweisen angesichts einer zunehmend krisengeschüttelten Welt schreibt Andreas Lesch für die „Verlagsgruppe Bistumspresse“:**

„Ganz schön bedrückend, was auf der Welt passiert, oder? [...] Die Krisen türmen sich, Gewissheiten zerbröseln, vieles verändert sich immer schneller. Das kann verstören und überfordern. Und es kann dazu verleiten, sich in Gruppen von Gleichgesinnten zurückzuziehen und von anderen abzugrenzen. Nach dem Motto: Wenn draußen alles wackelt, weiß ich zumindest hier drinnen, woran ich bin. Wenn draußen vieles unsicher erscheint, sind wir hier drinnen immer noch sicher - weil alle einer Meinung sind.

Georg Bätzing [...] hat gerade klargemacht, wie gefährlich solch ein Rückzug ist. Weil er Polarisierung fördert. Bätzing hat dafür geworben, Begegnungen über den eigenen Tellerrand hinaus zu suchen. Eine wertvolle Idee. [...] Jeder kann Andersdenkende in seiner Umgebung fragen: Wie kommst du zu deiner Meinung? Welche Argumente sind dir wichtig? Hast du Lust, auch zu hören, wie ich dazu stehe? Wollen wir zusammen versuchen, eine Lösung für ein Problem zu finden, das uns beide bedrückt?

Fragen stellen statt Antworten hinausposaunen - das könnte eine christliche Haltung sein, die heute hilft. Natürlich ist damit nicht gleich jeder Konflikt beendet. Aber ein Anfang ist gemacht.“



Mit dem neuen israelischen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Yaron Sideman, hat sich das Gesprächsklima offenbar verbessert. Foto: Vatican Media/Romano Siciliani/KNA

# „Sprache spielt keine Nebenrolle“

Die Deutung des 7. Oktobers 2023 und des Gaza-Kriegs verdeutlichen Spannungen zwischen Religionen und auch Konfessionen. Nicht nur der Papst steht deswegen in der Kritik. Doch wie kann der Dialog geführt werden?

Von Simon Kajan

Jerusalem/Vatikanstadt/Genf (KNA) Nicht immer ging es zwischen Israel und dem Vatikan im letzten Jahr so harmonisch zu, wie beim offiziellen Gedenken ein Jahr nach dem Massaker vom 7.

Oktober 2023. Yaron Sideman, Israels neuer Botschafter beim Heiligen Stuhl, und der vatikanische Außenminister Erzbischof Paul Gallagher entzündeten Kerzen zum Gedenken an die über 1.200 Opfer und die mehr als 250 Entführten, in der Schoah-Gedenk-

stätte am früheren jüdischen Ghetto Roms.

Sideman bezeichnete die Ereignisse des 7. Oktober 2023 als Pogrom gegen Juden und den Staat Israel. Als Ausdruck von purem Antisemitismus und Hass hätten sie

zur höchsten Zahl jüdischer Opfer an einem Tag seit dem Holocaust geführt. Er würdigte die Appelle von Papst Franziskus zur sofortigen Freilassung aller Geiseln als „äußerst wichtig“ und lobte dessen Entscheidung, am Gedenktag selbst einen weltweiten Fast- und Betttag auszurufen.

Das sind neue Töne. Sidemans Vorgänger, Raphael Schutz, kritisierte Ende vergangenen Jahres die Friedensbotschaften aus dem Vatikan. Zwar sprächen sie die humanitären Nöte der Menschen in Gaza an und forderten einen sofortigen Waffenstillstand; die Hamas, der 7. Oktober und die Geiseln würden darin „jedoch nicht genannt“. Franziskus hatte zuvor Teile der israelischen Militäraktion in Gaza als „Terror“ bezeichnet. Schutz betonte, dies unterscheidet ihn von anderen „verantwortungsbewussten Staatsoberhäuptern der freien Welt“. „Es mag



Historiker Wolffsohn sieht Patriarch Pizzaballa und dessen Wortwahl in der Tradition seiner Vorgänger.

Foto: Markus Nowak/KNA

Kritik geben, manchmal sogar berechnete Kritik an dieser oder jener Aktion. Aber gesamt gesehen haben die Anführer der freien Welt akzeptiert, dass Israel nur sein Selbstverteidigungsrecht ausübt. Und selbst wenn es Kritik gab, hat es doch niemand sonst als Terrorismus bezeichnet.“

### **Wie angemessen über die Gewalt sprechen?**

Das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, der Angriff Israels auf Gaza und nun auf den Libanon stellen einmal mehr für die christlichen Autoritäten im Nahen Osten die Frage, wie die Ereignisse angemessen artikuliert werden können. Als der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, Kritik am Vorgehen der israelischen Armee übte, antwortete der israelische Botschafter beim Heiligen Stuhl umgehend. Die Verurteilung der Tötung zweier christlicher Frauen in Gaza durch israelische Soldaten als „kaltblütig“ sei „sehr ärgerlich“. Damit sei Israel als „ein Land von Mördern“ benannt worden, so der Botschafter.

Noch deutlicher wurde der jüdische Historiker Michael Wolffsohn in einem am 7. Oktober im Deutschlandfunk ausgestrahlten Interview. Dort bezeichnet er die Einordnung Pizzaballas beim Besuch der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe als „Skandal allerersten Grades“. Er habe in erster Linie von arabischen und

palästinensische Opfern gesprochen. Erst am Ende sei er auf die israelischen Opfer zu sprechen gekommen. Damit stehe er in der Tradition seiner Vorgänger.

Andere Beobachter hingegen attestieren Pizzaballa, der für Christen in Israel, den palästinensischen Gebieten sowie Jordanien und auf Zypern Verantwortung trägt, sei um eine ausgeglichene Sicht des Nahostkonflikts bemüht. So rief er zu sorgfältigerer Sprache auf: „Eine mit Gewalt, Aggressionen, Hass und Verachtung, Ablehnung und Ausschließung beladene Sprache spielt in diesem Krieg keine Nebenrolle, sondern ist eines der Hauptwerkzeuge in diesem und allzu vielen anderen Kriegen.“

Womöglich hat es Pizzaballa als Italiener einfacher, die Situation differenzierter wahrzunehmen als arabische Christen, die sich der arabischen Nation verbunden



Deutliche Kritik an der Nahost-Politik des Vatikan übte Ex-Botschafter Raphael Schutz.

Foto Paolo Galosi/R. Siciliani/KNA

sehen. Sein Vorgänger, der Palästinenser Michel Sabbah, fragte in einem Gastbeitrag in den „Stimmen der Zeit“: „Wo stehen wir in diesem Konflikt, der allzu oft als Kampf zwischen Juden und Muslimen dargestellt wird, zwischen Israel einerseits und der vom Iran unterstützten Hamas und Hisbollah andererseits? Ist das ein Religionskrieg?“

Nein, so Sabbah, dies sei kein Religionskrieg. Man werde erst dann Frieden erleben, wenn die Tragödie des palästinensischen Volkes ein Ende nimmt. Nur dann würden die Israelis Sicherheit genießen. „Wir sind ein Volk, Christen und Muslime. Gemeinsam müssen wir einen Weg suchen, den Teufelskreis der Gewalt zu überwinden.“ Gemeinsam mit ihnen müsse man sich „mit jenen jüdischen Israelis auseinandersetzen, die ebenfalls der Rhetorik, der Lügen und der Ideologien von Tod und Zerstörung überdrüssig sind“.

Sabbah ist unter arabischen Christen keine Einzelstimme. Die Allianz eines Teils der maronitischen Christen im Libanon mit der Hisbollah, vor allem während der Präsidentschaft Michel Aouns zwischen 2016 und 2022, ermöglichte der Schiitenmiliz erst die Konsolidierung für ihre heutige Machtposition im Südlibanon.

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) sendete zur diesjährigen Weltwoche für den Frieden in Palästina und Israel Mitte September die Hauptbotschaft aus, „Be-

stürzung über das Leid und die Verwüstung zum Ausdruck“ zu bringen, die der Krieg Israels im Gazastreifen verursache. So wird der aus Simbabwe stammende ÖRK-Programmdirektor, Kenneth Mtata, in der Pressemitteilung vom 21. August zitiert.

Demnach ist das vom ÖRK für seine Mitgliedskirchen vorgelegte Material vorrangig aus Reflexionen des Katholiken Michel Sabbah zusammengestellt, die dieser während des Gaza-Krieges niedergelegt hat. Auch wenn das Material den Fokus klar auf die palästinensischen Opfer legt, sind am 4. Tag der Themenwoche auch die israelischen Geiseln Thema. Unter Betonung der Bereitschaft der Hamas „alle Geiseln freizulassen, wenn Israel im Gegenzug alle palästinensischen Gefangenen freilässt“. Israel wird an anderer Stelle hingegen das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs vorgehalten, „dass israelische Führungspersonen in diesem Krieg Kriegsverbrechen begangen hätten“.

Der ÖRK nimmt damit nicht nur eine unverkennbar pro-palästinensische Haltung ein, sondern übt sich in einer Äquidistanz gegenüber Israel und der Terrororganisation Hamas. Als größte deutsche Mitgliedskirche des ÖRK wollte sich die Evangelische Kirche in Deutschland auf KNA-Anfrage nicht zum Format der Themenwoche äußern: Mitteilungen des ÖRK kommentiere man grundsätzlich nicht. Der ÖRK ließ mitteilen, dass



Foto: Justin Mctellan/CNS photo/KNA



Foto: Corinne Simon/KNA

Kardinal Pizzaballa (oben) und sein Vorgänger Sabbah (unten)

das Material an zwei Stellen die Opfer beider Seiten benenne.

Vor diesem Hintergrund wird die Warnung Pizzaballas bei der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe verständlich: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben wir in den letzten Monaten keine Reden, Überlegungen oder Gebete von religiösen Führern gehört, die sich von denen anderer politischer oder gesellschaftlicher Führer unterscheiden.“ Er habe den Eindruck, jeder von ihnen spreche nur aus der Perspektive seiner eigenen Gemeinschaft, die oft gegen die jeweils andere Seite gerichtet sei.



Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel wurde auch von der Gouverneurin von New South Wales, Margaret Beazley (li.), und Premierminister Anthony Albanese (2.v.li.) empfangen. Foto: Imago/APP/Mick Tsikas

# Für Batholomaïos mehr als eine Ehre

**Erstmals seit 30 Jahren  
besucht der Patriarch  
von Konstantinopel  
Australien. Dabei  
betonte er die Bedeutung  
des Ökumenischen  
Patriarchats für die  
Weltorthodoxie.**

**Von Simon Kajan**

Sydney (KNA) „Keine Synode ohne Konstantinopel“ - mit dieser Botschaft hat der Ökumenische Patriarch Bartholomaïos I. seinen Besuch in Australien begonnen und seine Vorrangstellung unter den orthodoxen Kirchenführern unterstrichen. Das Konzept der Synodalität sei ohne Teilnahme des Ökumenischen Patriarchen „nicht nur paradox, sondern auch nicht

existent“. Diese Rolle des Ersten sei nicht nur eine Ehre, denn ohne ihn könne es keine Synode geben, sagte er anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde des „St. Andrew’s Theological College“ in Sydney.

Dabei erläuterte der Ökumenische Patriarch auch die Bedeutung der Synodalität in der Orthodoxen Kirche. Eine Synode sei „immer dann wesentlich und unentbehr-

lich, wenn die Einheit der Kirche gestört wird, sei es durch die Verfälschung der Glaubenswahrheit oder durch die Infragestellung ihrer kanonischen Stabilität“.

Anlass der ersten Australien-Reise des Patriarchen seit 30 Jahren ist die Errichtung der australischen Metropolie vor 100 Jahren. Erster Höhepunkt war am Sonntag eine Göttliche Liturgie im International Convention Centre in Sydney vor Tausenden Gläubigen. Bartholomaios setzte dabei auch die neue Verfassung für die australische Metropolie in Kraft, die er als „ausgezeichneten Text“ würdigte, der die kanonische Ordnung wiederherstelle.

### **Aufforderung, der griechischen Tradition treu zu bleiben**

Der Ökumenische Patriarch erklärte, dass die neue Verfassung eine Grundlage „für eine starke und einheitliche Erzdiözese legt, um ihre Zukunft für kommende Generationen zu sichern“. Abschließend forderte er die Gläubigen auf, den Traditionen der griechischen Gemeinschaft treu zu bleiben sowie Einheit und Frieden innerhalb der Ortskirche aufrechtzuhalten.

Zuvor wurde das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie durch den australischen Regierungschef Anthony Albanese und die Gouverneurin von New South Wales, Margaret Beazley, empfangen. Im



*Die griechische Gemeinschaft in Sydney begrüßte den Patriarchen von Konstantinopel.  
Foto: Imago/AAP/Jeremy Piper*

Anschluss weihte er die renovierte griechisch-orthodoxe Kathedrale von Sydney.

Der Besuch des Patriarchen ist vor allem der Begegnung mit den geschätzt 400.000 griechisch-orthodoxen Gläubigen in den Pfarreien und weiteren kirchlichen Einrichtungen des Landes gewidmet. Ein Schwerpunkt soll die Begegnung mit jungen griechisch-orthodoxen Christen in ganz Australien sein.

Die ersten orthodoxen Christinnen und Christen kamen Anfang des 19. Jahrhunderts nach Australien. Mit dem Einsetzen des Goldrausches ab 1851 wurden es rasch mehr. Die erste griechisch-orthodoxe Kirche wurde 1898 in Sydney errichtet, bald darauf erfolgte der zweite Kirchenbau in Melbourne. In beiden Städten entstanden auch die ersten offiziellen

griechisch-orthodoxen Kirchengemeinden des fünften Kontinents. Zahlreiche weitere folgten im Laufe der nächsten Jahrzehnte.

Im März 1924 wurde schließlich die Metropolie von Australien und Neuseeland gegründet. Aktueller griechisch-orthodoxer Metropolitan von Australien ist (seit 2019) Makarios (Griniezakis).

Erst im Juli 2024 hat das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel die kirchlichen Strukturen in Australien reformiert. Bei der Sitzung des Heiligen Synods im Phanar in Istanbul wurden für Australien die Diözesen Canberra, Melbourne, Perth, Adelaide, Brisbane und Chora errichtet. Sie alle gehören zur griechisch-orthodoxen Metropolie (Erzdiözese) von Australien, in der es bisher stattdessen „Distrikte“ gab.

# Der bekennende Antisemit an der EKD-Spitze

Das Leben des Otto Dibelius könnte eine Warnung sein, sich eben nicht antidemokratischen Lagern anzubiedern. Doch Dibelius war auch Reformers. Ein neuer Forschungsband bringt weitere Erkenntnisse über die schillernde Persönlichkeit des Protestantismus in Deutschland.

## Von Thomas Klatt

Berlin (KNA) Er gehört zu den prägenden Gestalten der evangelischen Kirche Deutschlands im 20. Jahrhundert. Otto Dibelius, ein Theologe, der seine Kirche reformieren und voranbringen wollte, gleichzeitig aber im nationalprotestantischen Gestern des 19. Jahrhunderts verhaftet blieb. Wie die meisten seiner Berufskollegen begrüßte er den Machtantritt der Nationalsozialisten. Er machte nie ein Hehl aus seiner antisemitischen Grundüberzeugung. Das alles schien ihm aber nicht geschadet zu haben. 1949 wurde Otto Dibelius zum EKD-Ratsvorsitzenden gewählt und prägte für Jahrzehnte die evangelische Kirche entscheidend mit. Nun ist über die schillernde Persönlichkeit ein neuer Forschungsband erschienen.

1880 wurde Otto Dibelius in Berlin in einer preußischen Beamtenfamilie geboren. Seine ersten Stationen als Pfarrer vor dem Ersten Weltkrieg waren



Foto: KNA-Bild

Guben, Crossen an der Oder, Danzig und Lauenburg in Pommern. Schon früh machte Dibelius sich Gedanken darüber, wie er seine Kirche attraktiver machen konnte. Er führte Neuerungen ein, die heute selbstverständlich sind: Gemeindeversammlungen, Gemeindebriefe, die Mitteilung, wofür die Kollekte bestimmt ist. Und Kindergottesdienste.

### **Für eine Kirche, die auch die Arbeiter erreicht**

„Er war unzufrieden, wenn nur 80% der Kinder in der Gemeinde in den Kindergottesdienst kamen. Da hatte er die Vorstellung, die evangelische Kirche hat die Aufgabe, alle Menschen zu erreichen“, sagt der Marburger Neutestamentler Lukas Bormann, der jetzt einen neuen Forschungsband über Otto Dibelius mit herausgegeben hat.

Noch viel mehr schaute der Lutheraner Otto Dibelius über seinen märkischen Tellerrand. So unternahm er etwa eine Studienreise nach Schottland zu der dort dominierenden presbyterianischen Kirche. „Seine Analyse des schottischen Reformiertentums ist darauf ausgerichtet: Wie kann es gelingen, die evangelische Kirche über die herkömmlichen Kreise des Bürgertums, des Adels und der Bauernschaft hinaus auch in der Arbeiterschaft zu verankern“, sagt Lukas Bormann über die frühen Pfarrer-Jahre von Otto Dibelius.

Auch holte sich der Berlin-Brandenburgische Theologe Anregungen bei den niederländischen Neo-Calvinisten, denen es gelungen war, die Arbeiterschaft wieder für die Kirche zu gewinnen. Allerdings wollte er sie paternalistisch betreuen, ohne ihr größeren Einfluss zuzugestehen. Sein Cousin Martin Dibelius, Neutestamentler an der Heidelberger Universität,



In Crossen an der Oder (heute: Krosno Odrzańskie) wirkte Otto Dibelius vor dem 1. Weltkrieg.

Foto: Imago/Arkivi



schätzte am Reformiertentum vor allem die Idee des demokratischen Miteinanders. Dem konnte Otto Dibelius aber nichts abgewinnen. Otto Dibelius wurde nie ein Freund der Weimarer Republik.

„Otto Dibelius war Parteimitglied der deutsch-nationalen Volkspartei, die zweifellos mit zu den Totengräbern der ersten deutschen Demokratie zählt“, sagt Manfred Gailus, außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin und Mitherausgeber des neuen Forschungsbandes über Otto Dibelius.

### ***Dibelius blieb dem National-Protestantismus verbunden***

Otto Dibelius blieb gedanklich im 19. Jahrhundert stecken. So war seine Vorstellung vom Bischofsamt die, dass er auf Lebenszeit gewählt wird und nicht abgewählt werden kann. Er hatte die Vorstellung, dass es diese souveräne Autorität brauche, um eine Gemeinschaft angemessen zu führen. Nicht von ungefähr ernannte Otto Dibelius sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zum Bischof, ohne jegliche Legitimation durch eine Synode. Seitdem erst hat Berlin einen evangelischen Bischof. Ein Bischof auf Lebenszeit aber, da ist ihm die evangelische Kirche dann doch nicht gefolgt.

In der Weimarer Republik setzte Otto Dibelius sich für sein Ideal einer nationalprotestantischen Kirche ein – gegen die Sozialdemokratie, gegen den Kommunismus und gegen das Judentum. Selten wie ein Theologe vor ihm nutzte er dafür die publizistischen Möglichkeiten seiner Zeit: Bücher, Artikel in rechtsnationalen Zeitungen, Rundfunkansprachen.

Dann aber gibt es auch die andere Seite des Otto Dibelius, nämlich die Fähigkeit, sich dem anderen politischen Lager zuzuwenden. 1930 etwa in seiner Friedensschrift, in dem er sich für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen einsetzte. Lukas Bormann: „Das war dann für diese nationalkonservativen Chauvinisten, aus deren

Kreis Dibelius eigentlich stammt, ein Bruch. Er hat schon verstanden, was dieses Massentöten bedeutet und dass es da keine sittlichen Fragen und sittlichen Bewährungen mehr gibt.“

### ***Für einen Nationalsozialismus, der das Christlich stärken soll***

Ein Engagement, das ihm die Deutschen Christen später übel nahmen und das zu seiner Versetzung in den Ruhestand führte, was Otto Dibelius wiederum zur Bekennenden Kirche brachte. Politisch aber blieb Otto Dibelius letztlich stramm rechts. So wie er den italienischen Faschismus und Benito Mussolini begrüßte, weil dieser die Kirche stärkte, so war er für den Nationalsozialismus, der das Christliche im Staat stärken sollte. Die Machtergreifung Adolf Hitlers begrüßte Otto Dibelius nicht nur, sondern er hielt auch beim Tag von Potsdam am 21. März 1933 die Festpredigt.

„Es war ein großes Ja zum politischen Umschwung und ein kleines verstecktes Nein zu Begleiterscheinungen. Das ist kurz zusammengefasst der Tenor seiner Predigt in der Nikolaikirche. Das war keine distanzierende Predigt, das war schon gar nicht eine Widerstandspredigt“, sagt Manfred Gailus.

### ***Gegen Juden im öffentlichen Leben***

Vor allem begrüßte Otto Dibelius das Dritte Reich, weil die Nazis nun etwas gegen das Judentum und die Juden in Deutschland unternahmen. Lukas Bormann: „Das hat er auch nach 1945 bestätigt, dass er sich immer dafür eingesetzt hat, dass jüdische Menschen im öffentlichen Leben keine tragende Rolle spielen sollen in Presse, Kultur und Politik, in den Institutionen des Staates, in der Justiz, an den Universitäten.“

Das alles schien Otto Dibelius nicht geschadet zu haben. Auch nicht, dass er seine Berliner Kirche nie



*In der Potsdamer Nikolai-Kirche hielt Otto Dibelius am 21. März 1933 als Generalsuperintendent vor protestantischen Reichstagsabgeordneten eine Festpredigt zum „Tag von Potsdam“.* Foto: Imago/Björn Trotzki

entnazifizierte und selbst fanatische NS-Pfarrer wieder ins Amt ließ. 1949 wurde Otto Dibelius zum EKD-Ratsvorsitzenden gewählt. Er galt nun als der starke Mann, der den Landeskirchen aber ihre Eigenständigkeit ließ. Eine Grundidee, die für die Evangelische Kirche in Deutschland bis heute Gültigkeit besitzt.

### ***Dibelius gab prägend des Kurs für die EKD nach dem Krieg vor***

„Das waren die Nachwirkungen der NS-Zeit. Diese Sorge schwebte im Hintergrund bei vielen Kirchenfürsten, dass man ihnen versuchen würde von oben etwas überzustülpen. Deswegen hat Dibelius wieder und wieder darauf hingewiesen: Wir sind eine Einheit in der EKD. Aber eine Einheit in der Vielfalt der Landeskirchen“, sagt der Kölner Kirchenhistoriker Siegfried Hermle, der einen Aufsatz über Otto Dibelius nach 1945 beigetragen hat.

Und dann waren da noch die aus der Bekennenden Kirche hervorgegangenen Bruderräte, die Verhandlungen mit der SPD führten und sich für die Entmilitarisierung einsetzten. Gegen den Willen von Otto Dibelius.

### ***Enge Bindung an die CDU – für die DDR ein „Nato-Bischof“***

Dibelius aber setzte sich gegen seine Opponenten wie Martin Niemöller durch. Der EKD-Ratsvorsitzende war CDU-Mitglied und stärkte die Politik Konrad Adenauers. Er wehrte sich nicht gegen die Wiederbewaffnung. Andererseits protestierte er laut gegen die Drangsalierung der Christen in der DDR. Die SED startete daraufhin eine Diffamierungskampagne – gegen ihn als „Nato-Bischof“. Denn 1957 unterschrieb Otto Dibelius den Militärseelsorgevertrag, den die DDR als Unterstützung des Westbündnisses verstand.

Und Dibelius setzte nun seine Idee von 1930 um. Die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen wurde im Grundgesetz festgeschrieben. Obgleich Otto Dibelius konservativ geprägt war und sich praktisch nie für die Frauenordination einsetzte, wollte er doch das paulinische „Das Weib schweige in der Gemeinde“ nicht auf ewig gelten lassen. „Es ist schon ein Zeichen, wenn ein EKD-Ratsvorsitzender diese biblizistische Interpretation für überwindbar sieht. Und seine Berlin-Brandenburgische Kirche war eine derjenigen, die relativ früh Türen für Frauen geöffnet haben“, sagt Siegfried Hermle.

### ***Konservative Mehrheit bedienen und Brücke zu Reformern offen zu halten***

Otto Dibelius blieb bis 1961 EKD-Ratsvorsitzender und starb 1967. War er also genau die Führungspersönlichkeit, den seine Kirche verdient hatte? Siegfried Hermle fasst es so zusammen: „Er war ein gewiefter Stratege. Er hat eher die konservati-

ve Mehrheit bedient, hat aber immer versucht, die Brücke zu der anderen Seite, der er ja verbunden war als Mitglied der Bekennenden Kirche, offen zu halten. Von daher war er für mich eine Persönlichkeit, die Wichtiges beigetragen hat zur Einheit der Kirche und im Blick auf das Verhältnis von Kirche und Staat.“

Das Leben des Otto Dibelius könne aber auch eine Warnung sein, sich eben nicht antidemokratischen Lagern anzubiedern, auch wenn es der Kirche scheinbar nützen könnte, sagt der Marburger Theologe Lukas Bormann: „Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist ein Punkt, wo man von Dibelius' Fehlern lernen kann. Was können wir heute tun, um unsere demokratische Gesellschaft stabil zu halten und zu verteidigen.“

[Otto Dibelius, Neue Studien zu einer protestantischen Jahrhundertfigur, herausgegeben von Lukas Bormann und Manfred Gailus, 421 Seiten, Verlag Mohr Siebeck, 99,00 €.](#)



*Bis in die 1960er Jahre blieb Otto Dibelius (re.) ein wichtiger Repräsentant der Evangelischen Kirche in Deutschland. So traf er als Berliner Landesbischof 1962 auf Kardinal Augustin Bea (M.). Links der damalige EKD-Ratsvorsitzende Kurt Scharf.*

*Foto: KNA-Bild*

# Altkatholiken gegen Rechtsextremismus

Die Synode der Altkatholiken traf sich in diesem Jahr in Mainz. Rassismus und Verantwortung für das Klima standen im Mittelpunkt der Beratungen.

Mainz (KNA) Die Bistumssynode der altkatholischen Kirche in Deutschland hat sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus ausgesprochen. Allerdings verwarf die am Sonntag beendete Synode einen Antrag, der Mitglieder rechtsextremer Parteien von allen kirchlichen Ämtern ausschließen wollte.

Stattdessen heißt es in einer „Erklärung von Bischof und Synodalvertretung“, dass „völkisches Denken und christlicher Glaube nicht vereinbar sind“. Dies gelte für „jegliche rechtsextremistische Einstellung“. Die Gemeinden des Bistums sollten „gegen Menschenverachtung und Rassenwahn aufstehen, wo immer sie sich zeigen, und sich mit den Opfern von Hass und Verfolgung solidarisieren“, heißt es in einer am 5. Oktober einstimmig angenommenen Erklärung.

## **Energetische Sanierung und Recyclingpapier**

Die 64. Ordentliche Bistumssynode verabschiedete zudem eine Resolution für mehr Klimaschutz. „Jede

und jeder Einzelne, aber auch wir als Gemeinschaft sind aufgerufen, zum Schutz unseres Planeten und damit zu einer lebenswerten Zukunft für unsere Menschheit beizutragen“, heißt es in dem Papier. Christliche Verantwortung verpflichte die altkatholischen Gemeinden in konkreten Handlungsfeldern wie der energetischen Sanierung von Gebäuden oder dem Einkauf von Recyclingpapier ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Gast der Synode was der katholische Mainzer Bischof Peter Kohlgraf. In seinem Grußwort betonte Kohlgraf die stark gestiegene Bedeutung von Synodalität. Diese sei „nicht nur ein Konzept, sondern der Kern dessen, was Kirchen sein sollen und wie wir Christen sein wollen“. Die bisweilen in Rom vertretene Auffassung, es gehe in Deutschland beim Synodalen Weg nicht um Evangelisierung, sondern um Strukturen, sieht er als Missverständnis an.

„Und wenn es nur um Strukturen ginge, würde sich niemand so aufregen“, so Kohlgraf weiter. Nach

seiner Ansicht wäre es angesichts der gesellschaftlichen Situation heute ein starkes Signal, wenn die Kirche glaubwürdig synodale Elemente anerkennen würde. Kohlgraf würdigte die alt-katholische Kirche und ihrer Art, Synodalität zu praktizieren: „In der Frage der Synodalität können wir voneinander lernen und uns gegenseitig bereichern.“

## **Die Struktur der altkatholischen Kirche**

Die Bistumssynode der altkatholischen Kirche setzt sich aus etwa 120 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Der von der Synode gewählte Bischof leitet gemeinsam mit einer von Geistlichen und Laien gebildeten Synodalvertretung die Kirche. Die altkatholische Kirche grenzte sich zu den Beschlüssen des Ersten Vatikanischen Konzils (1869-1870) zur Unfehlbarkeit und zum Jurisdiktionsprimat des Papstes ab. Zum deutschen Bistum gehören knapp 16.000 Mitglieder in 60 Pfarrgemeinden.

# Geistliche: Metropolit soll sich stärker von Moskau distanzieren

Die Zukunft der Ukrainischen Orthodoxen Kirche ist aufgrund ihrer früheren Bindung an Moskau fraglich. Innerkirchlich wächst auch der Druck.

Kiew (KNA) Das Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), Metropolit Onufrij, meidet das Thema Moskauer Patriarchat nach Möglichkeit. Nun haben acht Geistliche der UOK aus der Region Sosnyzja im Norden der Ukraine ihn in einem gemeinsamen Schreiben aufgefordert, mit der russisch-orthodoxen Kirche (ROK) zu brechen. Onufrij solle „öffentlich und offiziell“ den Austritt der UOK aus der ROK erklären, alle Beziehungen beenden. Alle Bischöfe sollten die Strukturen des Moskauer Patriarchats verlassen. Das Schreiben vom 2. Oktober veröffentlichte ein Journalist auf Facebook. Demnach sehen durchaus eine Reihe von Geistlichen Handlungsbedarf.

Der Rektor der Kiewer Geistlichen Akademie der UOK, Erzbischof Silvestr (Stojtschew), meint dagegen, die Kirche habe diesen Schritt bereits vollzogen. Die UOK habe „nichts mit Russland zu tun“, sagte er dem Deutschlandfunk. „Das Zentrum unserer Kirche liegt in der Stadt Kiew.“ Er verweist auf den Beschluss des Landeskonzils vom Mai 2022, mit dem sich die UOK von der ROK lossag-



Metropolit Onufrij steht zusehends auch in der eigenen Kirche unter Druck.

Foto: Imago/Ukrinform

te. Deswegen betreffe ein Gesetz, das ein Verbot von religiösen Organisationen mit Verbindungen zu Russland ermöglicht, die UOK nicht. Seine Kirche habe sich auf dem Konzil ein neues Statut gegeben, argumentierte Silvestr.

Der ukrainischen Religionsbehörde reicht das allerdings nicht. Sie fordert kategorisch eine vollständige Trennung vom Moskauer Patriarchat. Kommendes Jahr will sie ansonsten bei Gerichten ein Verbot von Eparchien (Diözesen), Kirchengemeinden und sonstige Strukturen der UOK beantragen. Die UOK als Ganze ist keine juristische Person. Um die Tätigkeit all

ihrer Gliederungen zu verbieten, wäre also nicht nur ein Gerichtsverfahren notwendig, sondern fast 10.000.

Erzpriester Igor Kowrowskij beschuldigt das Kirchenoberhaupt Onufrij der „Untätigkeit“. Der Metropolit werde später gefragt werden, was er unternommen habe, um sein Kirchenvolk zu schützen. Kowrowskij sagte dem Internetportal „religion.in.ua“, Onufrij befürchte, dass sich Bischöfe der UOK der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats unterstellen, wenn sich die UOK noch stärker vom Moskauer Patriarchat abwendet.

# Thesen zum Dokument von Balamand

Orthodoxe und katholische Theologen trafen sich zur Jahrestagung des Arbeitskreises St. Irenäus – diesmal im Libanon.

**Der Gemeinsame orthodox-katholische Arbeitskreis St. Irenäus wurde auf Initiative des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumenik und einiger katholischer Ostkirchenexperten gegründet. Katholischen und orthodoxen Theologen bietet er die Möglichkeit, Themen von zentraler Bedeutung für den orthodox-katholischen Dialog zu diskutieren. KNA dokumentiert das Kommuniké der diesjährigen Tagung in Balamand (Libanon):**

Auf Einladung Seiner Seligkeit Patriarch Johannes X. (Yazigi) von Antiochien, dem ehemaligen Ko-Vorsitzenden des Gemeinsamen orthodox-katholischen Arbeitskreises St. Irenäus (2008-2012), kam der Irenäuskreis vom 21. bis 25. Juni 2023 zu seiner 19. Jahrestagung in der Orthodoxen Theologischen Fakultät St. Johannes von Damaskus in Balamand (Libanon) zusammen, um dabei den 30. Jahrestag des Dokuments von Balamand zu begehen. Die Tagung stand unter der Leitung des orthodoxen Ko-Vorsitzenden, Metropolit Serafim Joantă von Deutschland, Mittel- und Nordeuropa (Rumänische Orthodoxe Kirche). Der katholische Ko-Vorsitzende, Bischof Gerhard Feige von Magdeburg, konnte nicht teilnehmen.

Bei der Eröffnung der Jahrestagung wurde die Arbeitsgruppe von Patriarch Johannes X., vom Präsidenten der Universität Balamand, Dr. Elias L. Warrak, und vom Dekan der Theologischen Fakultät, Archimandrit Dr. Jack Khalil, begrüßt. In seiner Rede betonte Patriarch Johannes X. die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Tagung der Internationalen Dialogkommission in Balamand 1993 und die schwierige Lage der Christen im Nahen Osten.

In ihrer ersten Plenarsitzung begrüßte die Gruppe als Gäste Dr. Marie-Hélène Blanchet, Forschungsdirektorin am Centre National de la Recherche Scientifique, und Dr. Gabriel Alfred Hachem, Theologieprofessor an der Université Saint-Esprit Kaslik. Als Beobachter nahmen auch zwei Doktoranden aus Balamand und ein Doktorand aus Kaslik teil.

Der Irenäuskreis befasste sich mit der Geschichte der Versuche, das Schisma zwischen Katholiken und Orthodoxen zu überwinden, die zum Dokument von Balamand führten, mit dem Dokument selbst und mit seiner späteren Rezeption. Die Ergebnisse der Gespräche sind in den folgenden Thesen zusammengefasst.

## Auf dem Weg nach Balamand: Die Konzile von Lyon und Ferrara-Florenz

### Zweites Konzil von Lyon (1274)

(1) Unter den drei Themen, mit denen sich das Konzil von Lyon (1274) befasste (Planung und Durchführung eines neuen Kreuzzuges, Union mit den Griechen, innerkirchliche Reformen), spielte die Union nur eine untergeordnete Rolle. Das Konzil von Lyon war in erster Linie als ein politisches Bündnis gedacht. Allerdings spielte es für die Katholiken u.a. eine wichtige Rolle bei der Bestätigung der Lehre von den sieben Sakramenten, die teilweise von den Orthodoxen übernommen wurde. Die Rezeptionsgeschichte dieses Konzils ist noch nicht geschrieben.

(2) Rezeption ist ein fluider Begriff, selbst innerhalb ein und derselben Tradition, und der Prozess der Rezeption ist komplex und kann durch eigene Interessen beeinflusst werden. Das Zweite Konzil von Lyon ist ein gutes Beispiel dafür, weil aus katholischer Sicht vor allem der päpstliche Primat zum Leitmotiv wurde, während aus orthodoxer Sicht die Ablehnung der Union im Vordergrund steht.

### Konzil von Ferrara-Florenz (1438–1445)

(3) Das Konzil von Ferrara-Florenz ist erst unlängst in unseren ökumenischen Dialogen behandelt worden. Es stellt den letzten Versuch dar, das Schisma zwischen Lateinern und Griechen durch ein Konzil zu überwinden. Es scheiterte jedoch insofern, als die Gemeinschaft nicht dauerhaft wiederhergestellt wurde, insbesondere weil die Orthodoxen das Filioque nicht akzeptierten und sich weigerten, den päpstlichen Primat im Sinne des Konzils anzuerkennen. Darüber hinaus wies das Konzil zahlreiche Mängel auf, darunter die den Griechen abverlangten Zugeständnisse und die eingeschränkte Vertretung der Patriarchate von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem.

(4) Das Konzil von Ferrara-Florenz, das von den Orthodoxen damals wie auch später weithin als Pseudokonzil abgelehnt wurde, löste unter den Patriarchaten des Ostens erhebliche Diskussionen aus. Spätere Unionsversuche führten zu lokalen Unionen, wie der von Brest im Jahr 1596 und der Entstehung einer mit Rom vereinten Kirche im polnisch-litauischen Staat. Diese späteren Unionen stützten sich auf die theologischen Argumente von Ferrara-Florenz in Bezug auf das Filioque und den Primat sowie auf das Recht der Ostkirchen, ihre eigenen liturgischen Riten beizubehalten.

(5) Dennoch bleibt Ferrara-Florenz im Gegensatz zu Lyon II in mancher Hinsicht ein potenziell konstruktiver Bezugspunkt bei der andauernden Suche nach Einheit, etwa im Blick auf seine Sprache der gegenseitigen Annäherung, auf seine Bekräftigung der Gleichberechtigung der Vertreter des Ostens und des Westens, und im Blick auf die begrenzten, aber bedeutsamen Versuche, auf die Anliegen der Orthodoxen einzugehen (zum Beispiel der Versuch, das Filioque im Sinne der griechischen patristischen Tradition zu deuten, die Verbindung des päpstlichen Primats mit den Akten der ökumenischen Konzile und den heiligen Kanones und die Bestätigung aller Rechte und Privilegien der östlichen Patriarchate).

(6) Im Anschluss an das Konzil von Ferrara-Florenz nahmen beide Seiten eine exklusivere Ekklesiologie an, wobei Einheit mit anderen Mitteln angestrebt wurde. Der Zusammenhang zwischen der Union von Florenz und der Entstehung der katholischen Ostkirchen ab dem 16. Jahrhundert ist nach wie vor sehr umstritten.

(7) Das Konzil von Ferrara-Florenz fand zu einem einzigartigen historischen Zeitpunkt statt, da das Papsttum aufgrund des aufkommenden Konziliarismus ausnahmsweise bereit war, einen echten theologischen Dialog mit den Griechen aufzunehmen. Es stellt somit eine verpasste Gelegenheit für ein echtes ökumenisches Konzil dar. Der Übergang zum Uniatismus des 16. Jahrhunderts als Methode zur Unterdrückung des Schismas ist ein umstrittenes

Thema. Dieser Übergang korrespondiert mit einer Veränderung des Konzepts der Einheit.

## Das Dokument von Balamand (1993)

(8) Ein Ergebnis des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime und der damit verbundenen Religionsfreiheit war das Wiederaufleben der griechisch-katholischen Kirchen. Sie stellten eine Herausforderung für die orthodoxen Kirchen dar, insbesondere im Blick auf Kirchenmitgliedschaft, die Rückgabe von Kirchengebäuden und den Jurisdiktionswechsel von Pfarreien, was zu Spannungen zwischen den Gemeinschaften führte.

(9) Diese Entwicklungen wurden von den Orthodoxen als eine Form von Uniatismus und Proselytismus angesehen. Die Gemeinsame Internationale Kommission für den theologischen Dialog zwischen der Römisch-katholischen Kirche und der Orthodoxen Kirche befasste sich mit diesem Thema in der Erklärung von Freising (1990) und dem Dokument von Balamand (1993).

(10) Die wichtigsten Beiträge des Dokuments von Balamand sind die Ablehnung des Proselytismus oder des Uniatismus als Einheitsmodell, die Verurteilung aller Formen von Gewissenszwang, die Anerkennung des Existenzrechts der katholischen Ostkirchen und des Rechts auf Sorge für ihre Gläubigen sowie das Verständnis der orthodoxen und der katholischen Kirche als „Schwesterkirchen“ in apostolischer Sukzession und mit sakramentaler Fülle.

(11) Das Dokument von Balamand selbst enthält keine genauen Definitionen von Uniatismus und Proselytismus. Sie finden sich jedoch in der vorhergehenden Erklärung von Freising: „Der Ausdruck „Uniatismus“ bezeichnet [...] den Versuch, die Einheit der Kirche durch Trennung von Gemeinden oder orthodoxen Gläubigen von der Orthodoxen Kirche zu verwirklichen, ohne zu bedenken, dass nach der Ekklesiologie die Orthodoxe Kirche eine Schwesterkirche ist, die selbst Gnaden- und Heilmittel anbietet“

(6b). „Jeder Versuch, die Gläubigen von einer Kirche zur anderen hinüberzuziehen, [...] wird gewöhnlich „Proselytismus“ genannt“ (7c).

Das Dokument von Balamand schließt „für die Zukunft jeden Proselytismus und jedes Expansionsstreben der Katholiken auf Kosten der Orthodoxen Kirche“ aus. Es bestätigt jedoch, dass „die katholischen Ostkirchen [...] als Teil der katholischen Gemeinschaft das Recht haben, zu existieren und zu handeln, wie es den geistlichen Bedürfnissen ihrer Gläubigen entspricht“ (3).

(12) Das Dokument von Balamand lehnt Methode und Modell des Uniatismus ab „aufgrund der Art und Weise, wie Katholiken und Orthodoxe sich in ihrem Bezug zum Geheimnis der Kirche von neuem anschauen und sich als Schwesterkirchen wiederentdecken“ (12). Eine erhebliche Schwäche liegt jedoch darin, dass die Bedeutung des Begriffs „Schwesterkirchen“ nicht näher erläutert wird. Dieser Begriff ist nicht immer einheitlich verstanden und rezipiert worden. Einerseits halten ihn einige Orthodoxe für problematisch, weil er die volle Kirchlichkeit der katholischen Kirche impliziert. Andererseits wird in der Note der Glaubenskongregation über den Ausdruck „Schwesterkirchen“ aus dem Jahr 2000 die Auffassung vertreten, dass dieser Begriff die tatsächliche Existenz der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, die im Glaubensbekenntnis bekannt wird, verschleiert (11).

## Die Rezeption des Dokuments von Balamand

(13) Die Rezeption des Dokuments von Balamand war sowohl bei den Orthodoxen als auch bei den Katholiken problematisch, insbesondere im Blick auf das Konzept der „Schwesterkirchen“. Auf Seiten der Orthodoxen reichte das Spektrum der Reaktionen von Zustimmung bis zu scharfer Ablehnung. So begrüßte beispielsweise der rumänisch-orthodoxe Metropolit Antonie Plămădeală das Balamand-Do-



kument als prophetisch und von Ehrlichkeit und Demut geprägt, während die Äbte der Klöster auf dem Berg Athos dieses Dokument heftig kritisierten. Das Moskauer Patriarchat führte eine eigene Gesprächsreihe mit dem Heiligen Stuhl über die Folgen des Dokuments

(14) Auch aufseiten der katholischen Ostkirchen waren die Meinungen über das Dokument von Balamand sehr unterschiedlich. Während die Griechisch-katholische Kirche in Rumänien den Text scharf ablehnte, hielt die Melkitische griechisch-katholische Kirche ihn für eine gute Initiative zur Wiedervereinigung.

(15) Eine Folge dessen, dass es mit dem Dokument von Balamand nicht gelang, die Frage des Uniatismus zu lösen, war der vorläufige Abbruch des offiziellen internationalen orthodox-katholischen Dialogs in Baltimore (2000). Diese bis 2006 dauernde Unterbrechung führte zur Gründung des Gemeinsamen orthodox-katholischen Arbeitskreises St. Irenäus im Jahr 2004.

(16) Zu einem erfolgreichen Dialog zwischen unseren Kirchen gehören auch Fragen der Geschichtsschreibung und der Rezeption. So muss beispielsweise eine gemeinsame Darstellung der Geschichte des Uniatismus, wie sie im Dokument von Balamand (30) gefordert wird, erst noch erstellt werden. Die Rezeption auf wissenschaftlicher und ökumenischer Ebene erfordert eine methodologische Kombination theologischer, quellenbasierter, historischer und soziopolitischer Ansätze. Die Rezeption in der Praxis betrifft die sicht- und spürbaren Dimensionen der Volksfrömmigkeit und des liturgischen Vollzugs (z. B. die Verwendung von Azymen, die Diptychen und das Rezitieren des Glaubensbekenntnisses mit oder ohne Filioque). Katholiken und Orthodoxe wären gut beraten, ein Gespräch über die Bedeutung und die Kriterien von Rezeption zu führen, einschließlich der Kriterien zur Bestimmung des *sensus fidelium/pleroma*.

## Offene Fragen im Blick auf das Dokument von Balamand

(17) Das Dokument von Balamand schlug zwar kein neues Modell der Gemeinschaft vor, aber es regte unter der Überschrift „Praktische Regeln“ pastorale Zusammenarbeit an, die leider nicht vollständig umgesetzt wurde. Eine solche Form der pastoralen Ökumene, wie sie sich zum Beispiel in pastoralen Vereinbarungen zwischen Katholiken und Orthodoxen im Libanon und im Nahen Osten (vgl. die Vereinbarung von Charfeh, 1996) zeigt, ist ein vielversprechender Weg, um Gemeinschaft im Leben unserer Kirchen aufzubauen.

(18) Die Rezeption des Dokuments von Balamand im Libanon zeigt sich vor allem im pastoralen Bereich, insbesondere bei interkonfessionellen Ehen. Dementsprechend kam es im pastoralen Kontext zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Griechisch-orthodoxen und der Katholischen Kirche einerseits und der Griechisch-orthodoxen und der Syrisch-orthodoxen Kirche andererseits. Das Schicksal und das Zeugnis der beiden Metropoliten von Aleppo, die verschiedenen Kirchen angehören und vor zehn Jahren gemeinsam entführt wurden, spiegelt symbolisch diese wachsende Gemeinschaft unter den Christen im Nahen Osten wider.

(19) Das vom griechisch-katholischen Erzbischof Elias Zogby vorgeschlagene Konzept der „doppelten Gemeinschaft“ zur Wiederherstellung der Gemeinschaft mit dem Griechisch-orthodoxen Patriarchat von Antiochien – ein Projekt, das von der griechisch-katholischen Synode offiziell angenommen und der griechisch-orthodoxen Synode 1996 vorgelegt worden war – wurde schließlich wegen seiner ekklesiologischen und kanonischen Zweideutigkeit abgelehnt (vgl. Irenäuskreis, *Kommuniqué* von Trebinje, Nr. 9). Trotz dieses Scheiterns sollte die Dynamik der Annäherung unter Berücksichtigung der pastoralen Realität und der Beteiligung aller Glieder des Volkes Gottes in einem Geist der Synodalität wiederbelebt werden.

(20) Der Krieg in der Ukraine wirft auch neue und

ernste Fragen kirchlichen Charakters auf, darunter die Beziehung zwischen Kirche und Staat, die Verwechslung von Ideologie und Theologie, wie sie in Fällen von Phyletismus in verschiedenen christlichen Traditionen zum Ausdruck kommt, und die Verschärfung der Stereotype, die die innerorthodoxen und ökumenischen Beziehungen belasten. Zu diesen Stereotypen gehören die Ost-West-Spaltung und die Verwendung des abwertenden Begriffs „Uniaten“. Diese Themen können aber auch Chancen zu einer Vertiefung des Dialogs bieten.

Während des Treffens in Balamand gab Metropolit Serafim bekannt, dass er sein Amt als orthodoxer Ko-Vorsitzender aus Altersgründen niederlegen möchte. Die Mitglieder des Irenäuskreises wählten einstimmig ihr langjähriges Mitglied Grigorios Papatomas, seit 2021 Metropolit von Peristeri, zum neuen orthodoxen Ko-Vorsitzenden.

Am Ende des Treffens bedankte sich der Irenäuskreis herzlich bei seinen beiden libanesischen Mitgliedern, Pater Rektor Michel Jalakh und Professor Assaad Elias Kattan, für ihr persönliches Engagement bei der Organisation des Treffens, beim Institut für Theologie des hl. Johannes von Damaskus der Universität Balamand für die Ausrichtung des Tref-

fens und bei der Antoniner-Universität in Beirut für die Gastfreundschaft während des Aufenthalts der Mitglieder in Beirut. Der Irenäuskreis brachte auch seine Dankbarkeit für eine Initiative der regionalen ökumenischen Familie „Dass alle eins seien“ zum Ausdruck, die das Treffen mit Gebet und Fasten begleitete.

Der Gemeinsame orthodox-katholische Arbeitskreis St. Irenäus setzt sich aus 26 Theologen, 13 Orthodoxen und 13 Katholiken, aus mehreren europäischen Ländern, dem Nahen Osten und Amerika zusammen. Er wurde 2004 in Paderborn (Deutschland) gegründet und ist seitdem in Athen (Griechenland), Chevetogne (Belgien), Belgrad (Serbien), Wien (Österreich), Kiew (Ukraine), Magdeburg (Deutschland), St. Petersburg (Russland), Bose (Italien), Thessaloniki (Griechenland), Rabat (Malta), Chalki bei Istanbul (Türkei), Taizé (Frankreich), Caraiman (Rumänien), Graz (Österreich), Trebinje (Bosnien und Herzegowina), Rom (Italien), Cluj-Napoca (Rumänien) und Balamand (Libanon) zusammengekommen.

In Balamand wurde beschlossen, das nächste Treffen des Irenäuskreises im September 2024 in Deutschland abzuhalten.